



An den Grossen Rat

18.5194.01

Finanzkommission
Basel, 31. Mai 2018

Kommissionsbeschluss vom 31. Mai 2018

Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2017

und

Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2017 der fünf kantonalen Museen

Inhalt

1.	AUFTRAG UND VORGEHEN	4
2.	JAHRESRECHNUNG 2017	5
2.1	Überblick	5
2.2	Erfolgsrechnung	7
2.3	Investitionsrechnung	11
2.4	Zweckgebundenes und Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	12
2.5	Verschuldung	14
2.6	Bilanz	15
2.7	Prüfung durch die Finanzkontrolle	16
3.	WÜRDIGUNG DER JAHRESRECHNUNG DURCH DIE FINANZKOMMISSION	18
4.	GENERELLE FESTSTELLUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG 2017	20
4.1	Sozialkosten	20
4.2	Wohnen/Stadtentwicklung	21
4.3	Informatiksicherheit	21
5.	FESTSTELLUNGEN ZU DEPARTEMENTEN UND DIENSTSTELLEN	23
5.1	Präsidialdepartement	23
5.1.1	Neue Fachstelle Kulturgüterschutz	23
5.1.2	Ungenauere Budgetierung des Personalaufwandes im Kunstmuseum	24
5.2	Bau- und Verkehrsdepartement	24
5.2.1	Erweiterungsbau Burghof des Kunstmuseums Basel	25
5.2.2	Modernisierung St. Jakobhalle	26
5.2.3	Globalbudget ÖV, Bereich Tram und Bus	26
5.3	Erziehungsdepartement	28
5.3.1	Schulraumplanung: Weniger Schüler als prognostiziert	28
5.3.2	Verstärkte Massnahmen: Mehr Schüler, weniger Ausgaben	29
5.3.3	Auswirkungen neues Schulmodell	29
5.3.4	Neue Ferienwoche und Abbau Ferienguthaben	30
5.3.5	Ausbildungsbeiträge (Stipendien): Stand der Dinge und Ausblick	30
5.3.6	Kinder- und Jugendhilfe: Weniger stationäre Platzierungen und frühere Massnahmen	30
5.4	Finanzdepartement	31
5.4.1	Rechnungsabgrenzung und Steuererträge	31
5.4.2	Gewinnablieferungen ausgelagerter Betriebe	32
5.4.3	Kantonale Inkassostelle	32
5.5	Gesundheitsdepartement	33
5.5.1	Hochspezialisierte Medizin	33
5.6	Justiz- und Sicherheitsdepartement	34
5.6.1	Nicht ausbudgetierter Sollbestand bei Kantonspolizei	35
5.6.2	Zeitguthaben bei Kantonspolizei	35
5.6.3	Aufgabenüberprüfung Untersuchungsgefängnis	36
5.6.4	Aufgabenüberprüfung Berufsfeuerwehr	36
5.6.5	Budgetabweichung Projekt Migration der IT-Domäne	37
5.6.6	Anzahl Anrufe auf Notfallnummern: Korrektur	37
5.6.7	Kosten Justizvollzug / Strafverfahren	37
5.7	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	39
5.7.1	Wirtschaftliche Entwicklung der Firmen	39
5.8	Gerichte	41
5.8.1	Unentgeltliche Prozessführung	41
5.8.2	Raumsituation	42

5.9	Behörden und Parlament	43
5.10	Regierungsrat	43
6.	ANTRAG	44
	GROSSRATSBESCHLUSS	45

1. Auftrag und Vorgehen

Die Finanzkommission legt dem Grossen Rat gemäss § 37 Abs. 1 und § 68 Abs. 1 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) jeweils einen schriftlichen Bericht zur Jahresrechnung des Kantons Basel-Stadt vor. Im vorliegenden Bericht fasst sie ihre wichtigsten Erkenntnisse zur Jahresrechnung 2017 zusammen.

Gesetzlicher Auftrag

Die Sachkommissionen können Mitberichte an die Finanzkommission verfassen. Von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hat die Bildungs- und Kulturkommission (BKK), die zur Rechnung der fünf kantonalen Museen berichtet.

*Mitbericht der
Bildungs- und
Kulturkommission*

Das Finanzdepartement hat der Finanzkommission am 21. März 2018 einen Vorabdruck des Jahresberichts 2017 zugestellt. Im Rahmen einer Klausur prüfte die Kommission die Jahresrechnung 2017 am 22. und 23. März 2018. Für Erläuterungen standen ihr Eva Herzog (Vorsteherin Finanzdepartement), Markus König (Leiter Finanzverwaltung) und Sven Michal (Generalsekretär Finanzdepartement) zur Verfügung. Die wichtigsten Ergebnisse der Prüfarbeiten der Finanzkontrolle wurden ihr von Daniel Dubois (Leiter Finanzkontrolle) und Dieter von Allmen (stellvertretender Leiter Finanzkontrolle) präsentiert.

*Vorgehen der
Finanzkommission*

Im Anschluss an die Klausur hat die Finanzkommission den sieben Departementen sowie den Gerichten einen Fragenkatalog zugestellt. Nach Eingang deren schriftlichen Antworten führte sie zwischen dem 23. und 26. April 2018 mit allen ein je rund zweistündiges Hearing durch. Am 18. Mai 2018 erhielt sie schliesslich den umfassenden Erläuterungsbericht der Finanzkontrolle.

Die Finanzkommission dankt den Mitgliedern von Regierungs- und Gerichtsrat sowie der Finanzkontrolle für die erhaltenen Auskünfte und die gute Zusammenarbeit. Bei der Ausarbeitung des vorliegenden Berichts setzte sie sich wie folgt zusammen (mit Departementszuständigkeit):

*Zusammensetzung
der Kommission*

Patrick Hafner	Präsident
Mustafa Atici	Gesundheitsdepartement
François Bocherens	Bau- und Verkehrsdepartement
Peter Bochsler	Finanzdepartement
Patricia von Falkenstein	Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt
Thomas Gander	Justiz- und Sicherheitsdepartement
Alexander Gröflin	Finanzdepartement
Balz Herter	Präsidialdepartement
Michelle Lachenmeier	Erziehungsdepartement
Georg Mattmüller	Erziehungsdepartement
Tanja Soland	Justiz- und Sicherheitsdepartement
Jürg Stöcklin	Bau- und Verkehrsdepartement
Sarah Wyss	Gerichte
Niklaus Wunderle	Kommissionssekretär

2. Jahresrechnung 2017

2.1 Überblick

Die in Kapitel 3 des Jahresberichts des Kantons Basel-Stadt publizierte Jahresrechnung besteht aus der Erfolgsrechnung, der Bilanz, der Investitionsrechnung, der Geldflussrechnung, dem Eigenkapitalnachweis sowie einem Anhang mit Erläuterungen.

Die Erfolgsrechnung 2017 weist ein Gesamtergebnis von CHF 250.7 Mio. aus, was CHF 107.6 Mio. besser ist als budgetiert. Zum positiven Ergebnis beigetragen haben u.a. um CHF 125.8 Mio. über dem Voranschlag liegende Steuereinnahmen.

*Gesamtergebnis von
CHF 250.7 Mio.*

Das Betriebsergebnis liegt bei einem Ertrag von CHF 3.83 Mrd., einem Aufwand von CHF 3.60 Mrd. und Abschreibungen von CHF 222.1 Mio. mit CHF 14.4 Mio. im Plus. Zusammen mit dem Finanzergebnis von CHF 236.3 Mio. führt dies zum Gesamtergebnis von CHF 250.7 Mio.

*Betriebs- und Finanz-
ergebnis positiv*

Der Finanzierungssaldo von CHF 54.6 Mio. ist um CHF 209.1 Mio. besser als budgetiert. Die Nettoschulden sinken per Ende 2017 um 2.8% auf CHF 1'914.8 Mio., was einer Nettoschuldenquote von 2.9 Promille entspricht. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist netto um CHF 307 auf CHF 9'643 gesunken. Seit 2012 hat sie um CHF 988 abgenommen.

*Reduzierte Netto-
verschuldung*

Der vorliegende Bericht der Finanzkommission bezieht sich ausschliesslich auf die Rechnung des sogenannten Stammhauses – der Kernverwaltung ohne ausgegliederte Betriebe und Beteiligungen. Die konsolidierte Rechnung erscheint später in einem separaten Dokument. Die Finanzkommission setzt sich mit den konsolidierten Zahlen auseinander, sobald diese von der Finanzkontrolle geprüft sind.

*Konsolidierte Rech-
nung erscheint separat*

Tabelle 2-1 stellt die wichtigsten finanziellen Eckwerte der Jahresrechnung 2017 den Budget- und Vorjahreswerten gegenüber.

Tabelle 2-1: Finanzielle Eckwerte

in Mio. CHF	Jahresrechnung 2017	Budget 2017	Jahresrechnung 2016	Veränderung Jahresrechnung 2017 zu Budget 17 Rechnung 16	
Erfolgsrechnung					
Betriebsertrag ¹ (A)	3'834.6	3'752.3	3'971.7	2.2%	-3.5%
Betriebsaufwand ¹ (B)	3'598.0	3'625.9	3'959.0	-0.8%	-9.1%
Abschreibungen (C)	222.1	187.5	793.7	18.5%	-72.0%
Betriebsergebnis (D=A-B-C)	14.4	-61.1	-781.0	>100%	>100%
Finanzergebnis (E)	236.3	204.2	329.5	15.7%	-28.3%
Gesamtergebnis (F=D+E)	250.7	143.1	-451.5	75.2%	>100%
Zweckgebundenes Betriebsergebnis (G)	-2'683.8	-2'695.2	-3'068.2	-0.4%	-12.5%
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis (H)	2'920.4	2'821.6	3'080.9	3.5%	-5.2%
Abschreibung Grossinvestitionen und Grossinvestitionsbeiträge ² (I)	222.1	187.5	793.7	18.5%	-72.0%
Betriebsergebnis (D=G+H-I)	14.4	-61.1	-781.0	>100%	>100%
Finanzierungsrechnung					
Gesamtergebnis (F)	250.7	143.1	-451.5	75.2%	>100%
Abschreibung Investitionen und Investitions- beiträge, Auflösung Grossinvestitionsbeiträge, Zuschreibungen Anlagen ² (J)	226.0	192.3	193.6	17.5%	16.7%
Wertberichtigungen Darlehen, Beteiligungen (K)	2.5	2.5	605.8	-0.1%	-99.6%
Selbstfinanzierung (L=F+J+K)	479.2	337.8	347.8	41.8%	37.8%
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben (M)	425.8	496.1	392.6	-14.2%	8.4%
Investitionseinnahmen (N)	85.6	74.7	19.3	14.6%	>100%
Nettoinvestitionen (O=M-N)	340.1	421.3	373.3	-19.3%	-8.9%
Veränderungen Darlehen / Beteiligungen (P)	-84.5	-71.1	-109.1	18.9%	-22.6%
Saldo Investitionsrechnung (Q=O-P)	424.6	492.4	482.4	-13.8%	-12.0%
Finanzierungssaldo (R=L-Q)	54.6	-154.5	-134.6	>100%	>100%
Selbstfinanzierungsgrad (S=L/Q)	112.9%	68.6%	72.1%		
Nettoschulden	1'914.8	2'123.7	1'969.4	-9.8%	-2.8%
Nettoschuldenquote (in Promille)	2.9	3.2	3.0		

¹ Exklusive interne Verrechnungen (Rechnung 2017: CHF 284.5 Mio.; Budget 2017: CHF 248.4 Mio.; Rechnung 2016: CHF 279.9 Mio.).

² Ausgaben für Anlagengüter werden ab CHF 300'000 als Grossinvestitionen, zwischen CHF 50'000 und CHF 300'000 als Kleininvestitionen bezeichnet. Investitionsbeiträge sind monetäre Leistungen, mit denen beim Empfänger der Beiträge dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden.

2.2 Erfolgsrechnung

in Mio. CHF	Rechnung 17	Budget 17	Rechnung 16	Rechnung 17 / Budget 17	Rechnung 17 / Rechnung 16
Betriebsaufwand	3'598.0	3'625.9	3'959.0	-0.8%	-9.1%
Betriebsertrag	3'834.6	3'752.3	3'971.7	2.2%	-3.5%
Betriebsergebnis	14.4	-61.1	-781.0	>100%	>100%
Finanzaufwand	140.4	89.9	153.1	56.1%	-8.3%
Finanzertrag	376.7	294.1	482.6	28.1%	-21.9%
Finanzergebnis	236.3	204.2	329.5	15.7%	-28.3%
Gesamtergebnis	250.7	143.1	-451.5	75.2%	>100%

Sowohl Gesamtaufwand als auch Gesamtertrag fallen in der Rechnung 2017 des Kantons Basel-Stadt tiefer aus als im Vorjahr¹. Der Aufwand summiert sich auf total CHF 3'969.7 Mio., der Ertrag auf total 4'220.4 Mio. Davon entfallen beim Aufwand 96.5% und beim Ertrag 91.1% auf den betrieblichen Teil. Finanzaufwand und -ertrag machen 3.5% bzw. 8.9% aus.

Gesamtaufwand von knapp CHF 4 Mrd.

Unter den vier zweistelligen Positionen des Betriebsaufwands – Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen Verwaltungsvermögen und Transferaufwand – macht der letztgenannte mit CHF 1'986.9 Mio. mehr als die Hälfte aus. Er umfasst Entschädigungen und Beiträge an Gemeinwesen und Dritte, Zahlungen in den Finanz- und Lastenausgleich, Wertberichtigungen im Verwaltungsvermögen und Abschreibungen auf Investitionsbeiträge. Weil im Transferaufwand der Rechnung 2016 eine einmalige Belastung von CHF 602.1 Mio. aufgrund der Pensionskassenreform verbucht worden ist, fällt der Wert in der Rechnung 2017 deutlich – allerdings lediglich um CHF 550.4 Mio. – tiefer aus. Der budgetierte Wert wird um CHF 40.7 Mio. überschritten.

Transferaufwand bei knapp CHF 2 Mrd.

In den eidgenössischen Ressourcenausgleich hat der Kanton 2017 CHF 159.1 Mio. einbezahlt, 8.6% mehr als im Jahr davor. Gleichzeitig hat er aus dem soziodemographischen Lastenausgleich mit CHF 50.1 Mio. 6.7% weniger erhalten. Netto belastet der Finanz- und Lastenausgleich (NFA) den Kantonshaushalt mit CHF 109.0 Mio., was einer Zunahme um CHF 16.2 Mio. oder 17.5% entspricht.

Finanz- und Lastenausgleich und Sozialkosten belasten Kantonsrechnung

Zweiter Kostentreiber im Transferaufwand sind die Sozialkosten. Sie steigen nach Rückvergütungen von Bund und Dritten netto um 1.9% auf CHF 655.1 Mio. Am stärksten ins Gewicht fällt mit CHF 188.6 Mio. die Sozialhilfe, gefolgt von den Prämienverbilligungen mit CHF 106.5 Mio., der Pflegeheimfinanzierung mit CHF 104.4 Mio., der Behindertenhilfe mit CHF 98.9 Mio. und den Ergänzungsleistungen mit CHF 84.5 Mio.

Die wesentlichste Änderung gegenüber Budget und Vorjahr betrifft im Transferaufwand die Abschreibungen. Abschreibungen auf Anlagen Tram und Bus im ÖV-Globalbudget werden aufgrund einer Änderung im BVB-Organisationsgesetz (vgl. Kapitel 5.2.3) neu als Abschreibungen auf Investitionsbeiträge statt als solche im Verwaltungsvermögen verbucht. Entsprechend liegen die Abschreibungen Verwaltungsvermögen um 2.6% unter dem Budget.

Geänderte Abschreibungspraxis bei Anlagen Tram und Bus

¹ Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich Vergleichsangaben auf die Jahresrechnung 2016.

Der Personalaufwand lässt sich aufgrund der Besitzstandseinlage von CHF 411.6 Mio. in Zusammenhang mit der Pensionskassenreform in der Rechnung 2016 nicht direkt mit dem Jahr 2017 vergleichen. Unter Ausklammerung dieses Einmaleffekts steigt der Personalaufwand um CHF 40.2 Mio. auf CHF 1'218.6 Mio. Dass der budgetierte Wert um CHF 11.0 Mio. unterschritten bleibt, geht u.a. auf einen tieferen Bedarf an Lehrpersonen zurück (vgl. Kapitel 5.3.1).

*Personalaufwand
von CHF 1.2 Mrd.*

Der Sach- und Betriebsaufwand fällt mit CHF 441.3 Mio. sowohl gegenüber Vorjahr als auch gegenüber Budget um 3.5% tiefer aus. Gemessen am Budget wirken der Unterhalt von Immobilien und eine neu gebildete Rückstellung für eine Altlastensanierung belastend, tiefere Debitorenverluste bei der Steuerverwaltung, geringere Ausgaben für Dienstleistungen und Honorare, aus der Planungspauschale und den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Standortförderung entlastend.

*Tieferer Sach- und
Betriebsaufwand*

Wichtigste Ertragsposition des Kantons sind die Steuereinnahmen. Sie belaufen sich 2017 auf CHF 2'847.1 Mio., was einer Minderung um 2.7% entspricht. Betraglich die wichtigste Position sind die Einkommenssteuern von natürlichen Personen, die um CHF 31.4 Mio. oder 2.3% auf CHF 1'359.1 Mio. abnehmen. Die Einnahmen aus der Vermögenssteuer fallen mit CHF 319.1 Mio. um 7.4%, jene aus der Quellensteuer mit CHF 130.2 Mio. um 4.7% tiefer aus. Dies bedeutet insgesamt eine Abnahme bei den direkten Steuern von natürlichen Personen um CHF 63.6 Mio. oder 3.4%. Budgetiert hat der Regierungsrat eine Abnahme von CHF 25.5 Mio. (vgl. Abbildung 2-1).

*Steuereinnahmen um
2.7% unter Vorjahr*

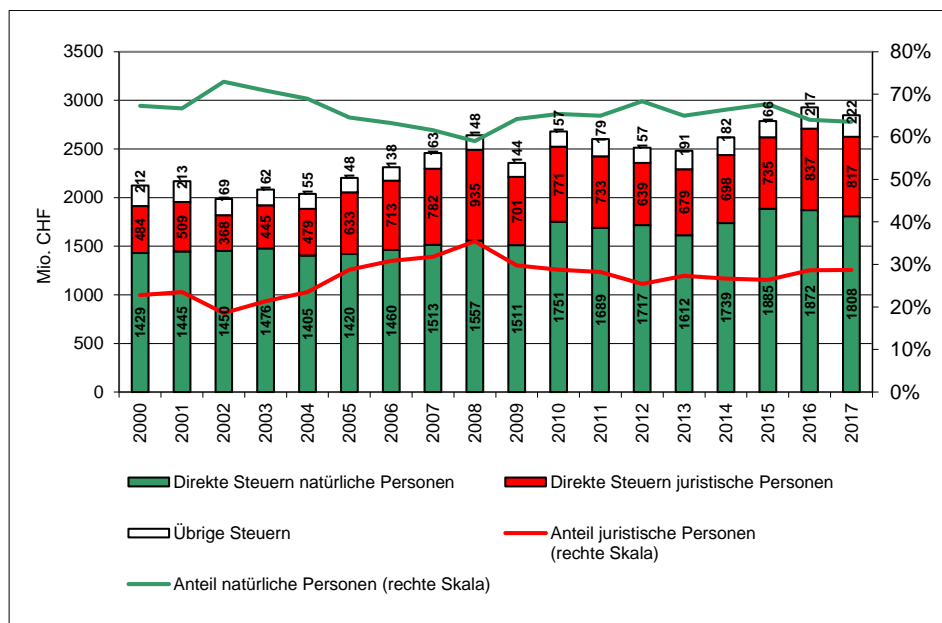
Klar über den budgetierten Werten liegen mit CHF 816.9 Mio. die Steuereinnahmen von juristischen Personen – bei den Gewinnsteuern um 12.4%, bei den Kapitalsteuern um 11.6%. CHF 70.0 Mio. des Mehrertrags von CHF 89.2 Mio. führt der Regierungsrat auf einmalige Sondererträge zurück. Auch bei den juristischen Personen wird aber der Ertrag aus dem Vorjahr um CHF 20.1 Mio. verfehlt. Der Anteil der direkten Steuern von juristischen Personen am Gesamtsteuerertrag bleibt mit 28.7% nahezu unverändert (vgl. Abbildung 2-2). Diese Quote ist im interkantonalen Vergleich sehr hoch.

*Steuern von natürli-
chen Personen unter,
von juristischen Perso-
nen über Budget*

Abbildung 2-1: Struktur der Steuererträge

in Mio. Franken	Rechnung 2016	Budget 2017	Rechnung 2017	Abw. R17/B17 abs.	Abw. R17/R16 abs.
Direkte Steuern natürliche Pers.	1'872.0	1'833.9	1'808.4	-25.5	-63.6
Einkommenssteuern	1'390.6	1'374.0	1'359.1	-14.9	-31.5
Vermögenssteuern	344.8	322.9	319.1	-3.8	-25.7
Quellensteuern	136.7	137.0	130.2	-6.8	-6.5
Direkte Steuern juristische Pers.	837.1	727.7	816.9	89.2	-20.2
Gewinnsteuern	678.5	592.0	665.5	73.5	-13.0
Kapitalsteuern	158.6	135.7	151.4	15.7	-7.2
Übrige Direkte Steuern	184.5	128.4	189.5	61.1	5.0
Grundsteuern	16.7	15.4	14.8	-0.6	-1.9
Vermögensgewinnsteuern	90.7	45.0	66.9	21.9	-23.8
Vermögensverkehrssteuern	43.4	28.0	34.2	6.2	-9.2
Erbschafts- und Schenkungssteuern	33.7	40.0	73.5	33.5	39.8
Besitz- und Aufwandsteuern	32.7	31.3	32.3	1.0	-0.4
Verkehrsabgaben	32.0	30.7	31.6	0.9	-0.4
Hundesteuer	0.6	0.6	0.7	0.0	0.1
Fiskalertrag	2'926.2	2'721.3	2'847.1	125.8	-79.1

Quelle: Finanzdepartement

Abbildung 2-2: Entwicklung Gesamtsteuerertrag

Anmerkung: Ab 2009 Steuereinnahmen brutto (ohne Verrechnung der Debitorenverluste von etwa CHF 40 bis 50 Mio.)

Unter den übrigen direkten Steuern liegen Vermögensgewinnsteuern, Vermögensverkehrssteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern deutlich über dem Budget. Der Regierungsrat führt dies auf ein überdurchschnittliches Transaktionsvolumen und Sonderfälle zurück.

*Übrige direkte Steuern
über Budget*

Der Transferertrag nimmt in der Rechnung 2017 sowohl gegenüber Budget als auch Vorjahr ab. Nach CHF 624.8 Mio. im Jahr 2016 beträgt er 2017 noch CHF 556.7 Mio. Der Rückgang geht auf den Kantonsanteil an Bundeserträgen zurück. Aufgrund des Kassaprinzips gibt es in Abhängigkeit des Zahlungsverhaltens grosser Unternehmungen starke Schwankungen. 2016 war der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer aufgrund von Nachzahlungen aus früheren Steuerjahren vergleichsweise hoch. Vom gesamten Transferertrag stammt mit CHF 452.1 Mio. dennoch der grösste Teil vom Bund. Die verbleibenden CHF 104.6 Mio. teilen sich auf Kantone und Konkordate, Gemeinden und Zweckverbände, öffentliche Unternehmen, private Haushalte und das Ausland (insgesamt CHF 95.5 Mio.) sowie die Auflösung von Grossinvestitionsbeiträgen (CHF 9.1 Mio.) auf.

*Tieferer Kantonsanteil
an Bundeserträgen*

Die Zunahme um 1.9% auf CHF 373.0 Mio. bei den Entgelten geht zu einem grossen Teil auf höhere Einnahmen aus der Mehrwertabgabe zurück. Ein Rückgang entsteht durch das neue Abgeltungsmodell für die Staatsgarantie der Basler Kantonalbank (BKB). Der Regierungsrat hat die Höhe dieser Abgeltung für die Jahre 2017 bis 2020 auf CHF 8.8 Mio. fixiert. Budgetiert waren CHF 5.2 Mio. mehr. Leicht höher fallen die Einnahmen aus Schul- und Kursgeldern sowie Benützungsgebühren und Dienstleistungen, der Erlös aus Verkäufen und die Rückerstattungen aus, etwas tiefer die Spital- und Heimtaxen und die Busseneinnahmen.

*Höhere Einnahmen
aus Mehrwertabgabe*

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat 2017 aufgrund des hohen Jahresgewinns 2016 eine Zusatzausschüttung an die Kantone getätigt; der Kanton Basel-Stadt hat deshalb zu den budgetierten CHF 15.6 Mio. zusätzliche CHF 11.0 Mio. erhalten. Dass die Einnahmen aus Regalien und Konzessionen dennoch nur um CHF 3.1 Mio. steigen, liegt im Umstand, dass die Konzessionsgebühr der IWB aufgrund eines Bundesgerichtsurteils nicht erhoben werden konnte. Mehreinnahmen aus Konzessionen fallen dafür bei den Allmendgebühren und Bewilligungen und Plakatierungen im Tiefbauamt an.

*Zusatzausschüttung
der Nationalbank,
Konzessionsgebühr
der IWB entfallen*

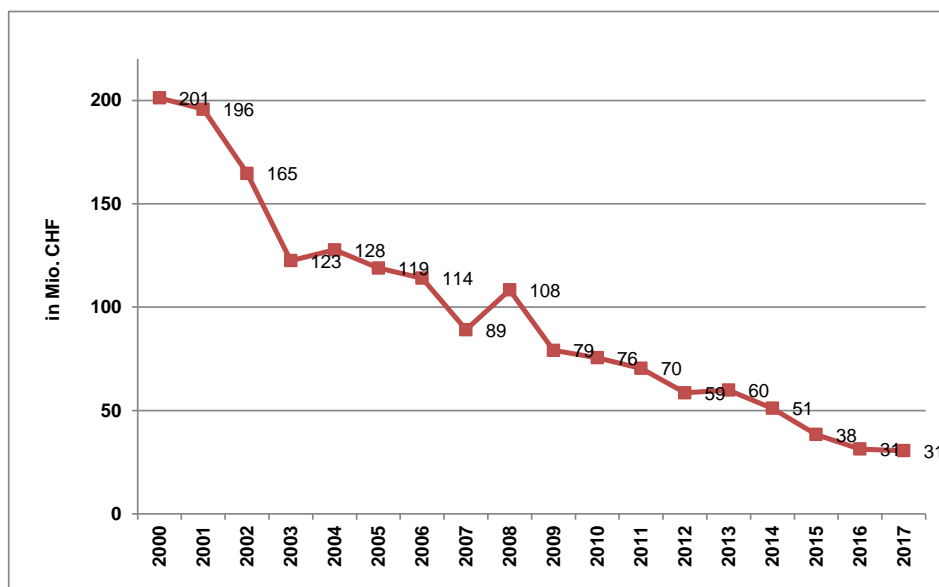
Der Saldo aus Finanzertrag und Finanzaufwand beträgt CHF 236.3 Mio., CHF 93.2 Mio. weniger als 2016. Der Finanzertrag aus dem Finanzvermögen sinkt um 34.8% auf CHF 251.6 Mio., jener aus dem Verwaltungsvermögen steigt um 29.5% auf CHF 125.1 Mio.

Tieferes Finanzergebnis

Der im Finanzaufwand ausgewiesene Zinsaufwand reduziert sich 2017 dank einer geringeren Verschuldung und dem nach wie vor äusserst tiefen Zinsniveau ein weiteres Mal, verglichen mit den Vorjahren allerdings nur noch leicht auf CHF 30.6 Mio. (vgl. Abbildung 2-3). Die Durchschnittszinssätze der konsolidierten Schulden haben in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Der Kanton kann seine Schulden zu deutlich tieferen oder sogar negativen Zinssätzen refinanzieren. Die relative Zinsbelastung – das Verhältnis der Ausgaben für die Inanspruchnahme fremder Mittel zu den Steuererträgen und Beiträgen ohne Zweckbindung –, hat seit dem Höchststand von 11.4% im Jahr 1997 markant abgenommen und liegt 2017 noch bei 0.9%. Seit 2011 hat sich die Kennzahl um 1.6% reduziert.

*Nochmals tieferer
Zinsaufwand*

Abbildung 2-3: Entwicklung Zinsaufwand



Den Anstieg des Aufwands bei den Liegenschaften im Finanzvermögen um 27.6% auf CHF 60.8 Mio. begründet der Regierungsrat mit höheren werterhaltenden Investitionen. Die Neubewertung von Liegenschaften im Finanzvermögen führt zu – wie üblich nicht budgetierten – Wertberichtigungen von netto CHF 22.8 Mio. (Vorjahr CHF 119.1 Mio.).

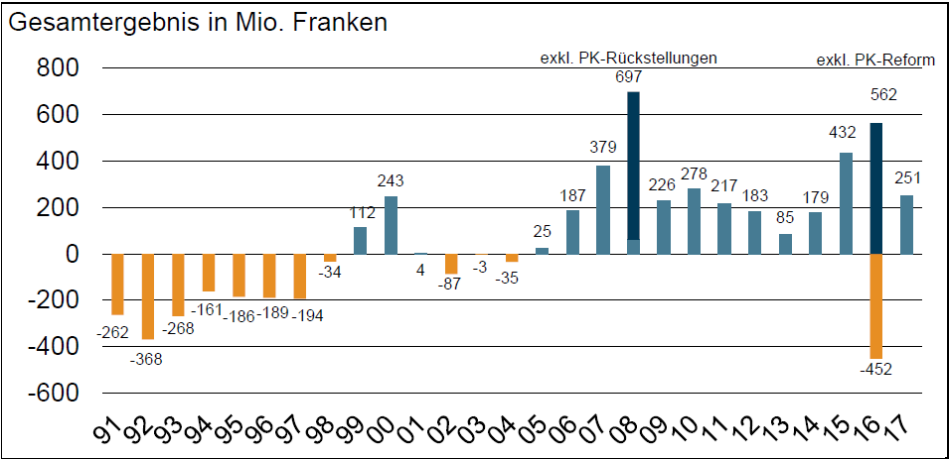
*Höhere Investitionen
in Liegenschaften im
Finanzvermögen*

Im Finanzertrag aus dem Verwaltungsvermögen steigt der Ertrag öffentlicher Unternehmungen um 31.3% auf CHF 104.8 Mio. Der Mehrertrag geht auf eine höhere Gewinnausschüttung der IWB von CHF 37.3 Mio. und eine kumulierte Gewinnablieferung des EuroAirports von CHF 8.5 Mio. zurück. Der EuroAirport hatte in den Vorjahren aufgrund des Steuerstreits zwischen Frankreich und der Schweiz keine Gewinne ausgeschüttet (vgl. Kapitel 5.4.2).

Gewinnausschüttung von IWB und EuroAirport über Erwartungen

Das positive Gesamtergebnis reiht sich nahtlos in die guten Abschlüsse der letzten Jahre ein (vgl. Abbildung 2-4).

Abbildung 2-4: Entwicklung Gesamtergebnis



Quelle: Finanzdepartement

2.3 Investitionsrechnung

in Mio. CHF	Rechnung 17	Budget 17	Rechnung 16	Rechnung 17 / Budget 17	Rechnung 17 / Rechnung 16
Investitionsausgaben	425.8	496.1	392.6	-14.2%	8.4%
Investitionseinnahmen	85.6	74.7	19.3	14.6%	>100%
Nettoinvestitionen	340.1	421.3	373.3	-19.3%	-8.9%
Saldo Investitionsrechnung	424.6	492.4	482.4	-13.8%	-12.0%

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen belaufen sich 2017 bei Ausgaben von CHF 425.8 Mio. und Einnahmen von CHF 85.6 Mio. auf CHF 340.1 Mio. Dies sind 8.9% weniger als im Vorjahr und 19.3% weniger als budgetiert. Der Saldo der Investitionsrechnung beträgt bei um CHF 84.5 Mio. gestiegenen Darlehen und Beteiligungen CHF 424.6 Mio. Die höchsten vom Kanton 2017 gewährten Darlehen sind an die Universität Basel (CHF 36.8 Mio. für den Neubau des Biozentrums) und die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB, CHF 19.2 Mio. für die Trambeschaffung und CHF 30.0 Mio. für Erhaltungsmassnahmen) gegangen.

Nettoinvestitionen von CHF 340 Mio.

Die Bruttoausgaben für Investitionen liegen mit CHF 387.7 Mio. um CHF 100.6 Mio. unter dem Budget, aber um CHF 37.6 Mio. über dem Vorjahr. Das nicht ausgeschöpfte Investitionsbudget begründet sich grösstenteils mit nur in reduziertem Umfang oder gar nicht umgesetzten Vorhaben.

Investitionsbudget nicht ausgeschöpft

Als Investitionseinnahmen verbucht werden Übertragungen von Anlagen (2017: CHF 65.3 Mio.), Rückerstattungen Dritter an die Finanzierung von Investitionen (2017: CHF 0.9 Mio.) sowie erhaltene Grossinvestitionsbeiträge vom Bund, anderen Gebietskörperschaften und Privaten (2017: CHF 19.5 Mio.).

Die Hochbauten im Verwaltungsvermögen erreichen mit 63.8% CHF aller Investitionsausgaben wie üblich den höchsten Anteil aller sieben Investitionsbereiche. Im Bereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur fallen Ausgaben von CHF 56.6 Mio. an, im Bereich Übrige CHF 29.6 Mio. Betraglich weniger bedeutend sind die Bereiche Informatik (CHF 10.0 Mio.), Bildung (CHF 7.5 Mio.), Öffentlicher Verkehr (CHF 6.1 Mio.) und Kultur (CHF 1.7 Mio.).

Hochbauten im Verwaltungsvermögen wichtigster Investitionsbereich

Der im Vergleich zu früheren Jahren tiefe Wert im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr geht auf die geänderte Finanzierung der Investitionen der BVB zurück. Seit Inkrafttreten des revidierten BVB-OG im Juni 2016 finanziert der Kanton diese Investitionen nicht mehr „à fonds perdu“, sondern über rückzahlbare und verzinsliche Darlehen an die BVB.

Geänderte Finanzierung von BVB-Investitionen

Die Ausschöpfung der budgetierten Investitionsplafonds liegt je nach Investitionsbereich zwischen 28% und 109%. In die Investitionsübersichtsliste aufgenommen werden jeweils Vorhaben mit einem Gesamtbetrag von maximal 130% des budgetierten 100%-Plafonds. Trotz dieses Vorgehens liegt die aggregierte Ausschöpfung des Investitionsbudgets 2017 bei lediglich 76.8% (Vorjahr 86.4%).

Aggregierte Ausschöpfung der Investitionsplafonds bei 76.8%

Die unter dem Budget gebliebenen Investitionen führen zu einer höheren Selbstfinanzierung. Der Selbstfinanzierungsgrad von 112.9% (Vorjahr 72.1%) bedeutet, dass der Kanton seine Investitionen 2017 vollständig aus eigenen Mitteln finanziert hat. Dies ist mit einem Abbau der Nettoschulden um CHF 54.6 Mio. verbunden.

Selbstfinanzierungsgrad über 100%

Die zehn betraglich grössten Einzelvorhaben stammen alle aus dem Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen. Mit CHF 33.9 Mio. ist die Sanierung und Modernisierung der St. Jakobshalle (vgl. Kapitel 5.2.2) wie schon im Vorjahr der grösste Ausgabeposten. Neben verschiedenen Schulhausvorhaben – angeführt von der Sanierung des Gymnasiums Bäumlhof mit CHF 20.0 Mio. – stehen auch die Sanierung der Kunsteisbahn Eglisee, die Gefängnisserweiterung Bässlergut und die Sanierung von Theater und Schauspielhaus auf der Liste.

St. Jakobshalle grösstes Einzelvorhaben

2.4 Zweckgebundenes und Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis

in Mio. CHF	Rechnung 17	Budget 17	Rechnung 16	Rechnung 17 / Budget 17	Rechnung 17 / Rechnung 16
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'683.8	-2'695.2	-3'068.2	-0.4%	-12.5%
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	2'920.4	2'821.6	3'080.9	3.5%	-5.2%

Das zweckgebundene Betriebsergebnis (ZBE) setzt sich aus dem Saldo von zweckgebundenem Aufwand und zweckgebundenem Ertrag zusammen. Es entspricht dem betrieblichen Ergebnis ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grosse Investitionsbeiträge. Für die

ZBE wichtigste finanzielle Steuerungsgrösse

Dienststellen stellt das ZBE die verbindliche Budgetvorgabe dar und ist somit die wichtigste finanzielle Steuerungsgrösse. Das ZBE wird allerdings zumindest auf Ebene Gesamtkanton regelmässig durch Sonderfaktoren beeinflusst, was den Mehrjahresvergleich erschwert.

Das ZBE 2017 liegt mit CHF 2'683.8 Mio. um 0.4% unter dem budgetierten Wert. Die deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr geht auf die in der Rechnung 2016 verbuchten Besitzstandseinlagen von CHF 411.6 Mio. im Rahmen der Pensionskassenreform zurück.

*ZBE 2017 um CHF
11.4 Mio. unter Budget*

Die grössten Entlastungen und Belastungen verglichen mit dem Budget fallen in folgenden Bereichen an:

*Grösste Entlastungen
und Belastungen*

Entlastungen

Unterrichtskosten CHF 7.9 Mio.
Mehrwertabgabefonds CHF 7.1 Mio.
Standortförderungsfonds CHF 5.6 Mio.
Abgeltungen Schulabkommen CHF 3.5 Mio.
Beiträge an Organisationen der Alters-, Langzeitpflege CHF 3.2 Mio.
Betriebskosten ProReno CHF 2.7 Mio.
Kompetenzkonto Regierungsrat CHF 2.3 Mio.
Jugendhilfe CHF 2.2 Mio.
Allmendgebühren, Bewilligungen/Plakatierung CHF 2.2 Mio.
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit CHF 2.0 Mio.
Langzeitpflege CHF 1.8 Mio.
Spitalfinanzierung CHF 1.7 Mio.
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler CHF 1.6 Mio.
Abgeltungsrechnung BLT/BVB CHF 1.2 Mio.
Rückgang Verkauf U-Abo CHF 1.1 Mio.

Belastungen

Rückstellungen Altlastensanierungen CHF 16.1 Mio.
IWB Konzessionsgebühren CHF 10.4 Mio.
Strafvollzug Dienstleistungen CHF 5.5 Mio.
Globalbudget ÖV, Bereich Tram und Bus CHF 4.4 Mio.
Prämienvorbilligungen CHF 3.4 Mio.
Kantonale Inkassostelle CHF 2.9 Mio.
Strafgericht Debitorenverluste CHF 2.9 Mio.
Bussen CHF 2.5 Mio.

Departemente und Gerichte verbleiben beim ZBE kumuliert um über CHF 30 Mio. unter der Budgetvorgabe. Deren Ergebnisse sind in Kapitel 5 kommentiert.

Der nicht zweckgebundene Aufwand und Ertrag ist für die Steuerung der Dienststellen, in denen er anfällt, nicht von Relevanz. In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grosse Investitionsbeiträge spricht man vom nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis (NZBE). Zu diesem gehören der Steuer-, Vermögens- und Liegenschaftsertrag, die Anteile an Bundessteuern und Nationalbankgewinn, der Zinsaufwand auf den Staatsschulden und der Aufwand für die Bewirtschaftung des Finanzvermögens. Die nicht zweckgebundenen Aufwand- und Ertragspositionen werden in einem separaten Buchungskreis dargestellt.

*Separater Buchungs-
kreis für nicht zweck-
gebundene Aufwand-
und Ertragspositionen*

Das NZBE beträgt in der Rechnung 2017 CHF 2'920.4 Mio. Es fällt um CHF 98.8 Mio. besser aus als budgetiert, liegt aber um CHF 160.5 unter dem Vorjahr. Entlastend bzw. belastend wirken sich beim NZBE gemessen am Budget die folgenden Bereiche aus:

Entlastungen

Steuerertrag CHF 125.8 Mio.
 Debitorenverluste Steuerverwaltung CHF 13.2 Mio.
 Zusatzausschüttung SNB CHF 11.0 Mio.
 Anteil eidgenössische Verrechnungssteuer CHF 9.2 Mio.
 Finanz- und Lastenausgleich Gemeinden CHF 1.8 Mio.

Belastungen

Anteil direkte Bundessteuer CHF 55.7 Mio.
 Abgeltung Staatsgarantie BKB CHF 5.2 Mio.

NZBE um knapp CHF
 100 Mio. besser als
 budgetiert

Höhere Steuer-
 einnahmen...

...aber tieferer Anteil
 an direkter Bundes-
 steuer als erwartet

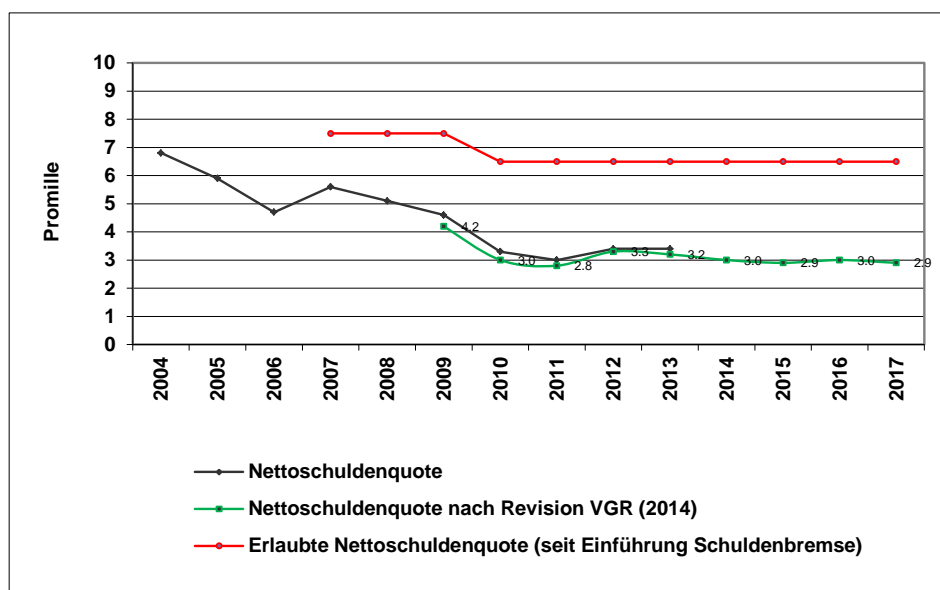
2.5 Verschuldung

in Mio. CHF	Rechnung 17	Budget 17	Rechnung 16	Rechnung 17 / Budget 17	Rechnung 17 / Rechnung 16
Nettoschulden	1'914.8	2'123.7	1'969.4	-9.8%	-2.8%
Nettoschuldenquote	2.9	3.2	3.0		

Die Nettoschulden des Kantons (Bruttoschulden abzüglich Finanzvermögen) reduzieren sich um den positiven Finanzierungssaldo von CHF 54.6 Mio. Die für die Schuldenbremse massgebende Nettoschuldenquote (Nettoschulden im Verhältnis zum Schweizer Bruttoinlandprodukt) sinkt von 3.0 auf 2.9 Promille und verbleibt damit klar unter dem Wert von 6.5 Promille, ab dem die Schuldenbremse gemäss § 4 Finanzhaushaltsgesetz (FHG) Anwendung finden würde (vgl. Abbildung 2-5).

Nettoschuldenquote
 sinkt unter 3 Promille

Abbildung 2-5: Entwicklung Nettoschuldenquote



Das Budget 2017 ist von einem negativen Finanzierungssaldo von CHF 154.5 Mio. und einem Anstieg der Nettoschuldenquote auf 3.2 Promille ausgegangen.

2.6 Bilanz

Die Bilanzsumme des Kantons steigt per Ende 2017 um CHF 262.1 Mio. oder 2.3% auf CHF 11'620.7 Mio. Auf der Aktivseite setzt sich die Zunahme aus Erhöhungen des Finanzvermögens um CHF 91.4 Mio. und des Verwaltungsvermögens um CHF 170.7 Mio. zusammen. Auf der Passivseite steigt das Fremdkapital um CHF 36.8 Mio., das Eigenkapital um CHF 225.3 Mio. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme erhöht sich von 34.6% auf 35.7%. Die Nettoschulden (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) sinken um CHF 54.6 Mio. Die Bilanz teilt sich im Verhältnis 48:52 in Finanz- und Verwaltungsvermögen.

*Bilanzsumme von
CHF 11.6 Mrd.*

Im Finanzvermögen ist unter den Finanzanlagen die Rückzahlung von Schuldscheindarlehen über CHF 50.0 Mio. durch die MCH Messe Schweiz AG und über CHF 100.0 Mio. durch die IWB zu konstatieren. Unter den aktiven Rechnungsabgrenzungen fallen die um 31.1% auf CHF 2'001.0 Mio. steigenden Abgrenzungen von Steuereinnahmen auf. Deren Höhe hängt wesentlich vom rechtzeitigen Eingang der Steuererklärungen und dem Verarbeitungsstand bei der Veranlagung ab und unterliegt deshalb grösseren Schwankungen. Unter den laufenden Verbindlichkeiten um CHF 256.8 Mio. höher bilanziert sind gleichzeitig die Anzahlungen von Dritten. Ein Grossteil davon betrifft Akontozahlungen an fällige, noch nicht veranlagte Steuern.

*Höhere Abgrenzungen
von Steuereinnahmen*

Der Gesamtwert der Sachanlagen im Finanzvermögen beträgt Ende 2017 CHF 2'359.7 Mio., CHF 7.5 Mio. weniger ein Jahr zuvor. Die Zugänge aus Investitionen betragen CHF 59.6 Mio., Verkehrswertanpassungen erhöhen den Buchwert um CHF 23.9 Mio. Negativ schlagen Abgänge von CHF 70.0 Mio. und Übertragungen ins Verwaltungsvermögen von netto CHF 21.0 Mio. zu Buche.

Um CHF 119.6 Mio. gestiegen ist der Wert der Sachanlagen im Verwaltungsvermögen. Von insgesamt CHF 3'414.3 Mio. machen die Hochbauten mit CHF 1'854.0 über die Hälfte aus. Deren Wert nimmt um CHF 158.4 Mio. oder 9.3% zu. Mit einem tieferen Wert in der Bilanz stehen u.a. die Wasserbauten (-19.3% auf CHF 91.8 Mio., vgl. Kapitel 2.7) und die Anlagen im Bau (-43.1% auf CHF 40.2 Mio.). Der Wert der Strassen und Verkehrswege liegt bei CHF 667.4 Mio. (+2.3%), jener der Grundstücke bei CHF 371.2 Mio. (-2.3%).

*Hochbauten machen
über 50% des Verwal-
tungsvermögens aus*

Der Anstieg um 20.6% auf CHF 484.1 Mio. bei den Darlehen im Verwaltungsvermögen geht zu einem grossen Teil auf die Erhöhung des Darlehens an die BVB für die Trambeschaffung um CHF 19.2 Mio. und eines weiteren Darlehens an die BVB von CHF 30.0 Mio. für Erhaltungsmassnahmen an der Gleisinfrastruktur zurück. Die geänderte Finanzierung der Investitionen der BVB führt in den kommenden Jahren zu einem sukzessiven Anstieg der Darlehen an die BVB. Ein Teil des Baukredits für den Bau des Biozentrums der Universität Basel wird neu direkt beim Kanton geführt (CHF 80.5 Mio.). Der Baukredit und das Darlehen für den Bau des Biozentrums sind um CHF 37.3 Mio. erhöht worden.

*Steigende Darlehen
an BVB*

Die Rückstellungen nehmen um CHF 41.2 Mio. auf CHF 261.1 Mio. zu. Gemäss Finanzhaushaltverordnung werden Rückstellungen ungeachtet ihrer Höhe bilanziert, sofern im Zeitpunkt der Bilanzierung ein vergangenes Ereignis zu einer gegenwärtigen Verpflichtung führt, ein Mittelabfluss wahrscheinlich ist und dieser zuverlässig bemessen werden kann.

Höhere Rückstellungen...

Die Rückstellungen für Zeitguthaben des Personals steigen um 3.6% auf CHF 120.6 Mio. Neu werden bei der Berechnung auch der 13. Monatslohn und der Lohnstufenanstieg berücksichtigt. Die wegen Lohnklagen in Folge des Projekts Systempflege bereits existierende Rückstellung hat der Regierungsrat um CHF 1.6 Mio. auf CHF 4.9 Mio. erhöht.

...für Zeitguthaben des Personals,

Die Rückstellung für Schäden aus der Eigenversicherung ist um CHF 4.3 Mio. gestiegen, jene für Altlastensanierungen infolge einer Bodenbelastung an der Neuhausstrasse um CHF 16.1 Mio. Neu als Rückstellung verbucht sind dem Kanton von den IWB zustehende Rückvergütungen aus den Jahren 2007 bis 2012 aufgrund erzielter Überschüsse der Kehrichtverwertungsanlage (KVA) in Höhe von CHF 20.2 Mio.

Altlastensanierungen und erwartete Rückvergütungen der IWB

2.7 Prüfung durch die Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle hat die Jahresrechnung 2017 des Kantons Basel-Stadt – bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang – als Revisionsstelle gemäss Finanz- und Verwaltungskontrollgesetz (FVKG) geprüft. Am 18. Mai 2018 hat sie der Finanzkommission ihren umfassenden Erläuterungsbericht zugestellt. Ihr formeller, standardisierter zusammenfassender Bericht zuhanden der Mitglieder des Grossen Rats findet sich im Jahresbericht des Kantons.

Finanzkontrolle empfiehlt Genehmigung der Rechnung 2017

Die Finanzkontrolle empfiehlt, die Jahresrechnung 2017 zu genehmigen. In ihrer Beurteilung entspricht die Rechnung den gesetzlichen Vorschriften. Basierend auf ihrer Wesentlichkeitsbeurteilung schränkt sie ihr Prüfurteil nicht ein.

Jahresrechnung entspricht gesetzlichen Vorschriften

Gemäss FVKG führt die Finanzkontrolle ihre Tätigkeit nach den Bestimmungen dieses Gesetzes und anerkannten Prüfungsgrundsätzen durch. Bei der Prüfung der Jahresrechnung 2017 ist sie zum ersten Mal den von ExpertSuisse (Expertenverband für Wirtschaftsprüfung, Steuern und Treuhand) erarbeiteten, von einem internationalen Standard abgeleiteten Schweizer Prüfungsstandards gefolgt. Die Fachvereinigung der Finanzkontrollen propagiert die Anwendung dieses Standards. Sie hat zu Handen ihrer Mitglieder ein Handbuch zur Abschlussprüfung im öffentlichen Sektor erstellt, das die Finanzkontrolle bei der Prüfung der Jahresrechnung 2017 berücksichtigt hat. Die Finanzkontrolle hat der Finanzkommission die aus diesen Prüfungsstandards abgeleiteten internen Prüfungsinstruktionen inklusive Wesentlichkeitsberechnungen, Wesentlichkeitswerte und Nichtaufgriffsgrenze abgegeben und erläutert.

Neuer Prüfungsansatz

Gemäss den Schweizer Prüfungsstandards muss der Revisionsstelle auf der zu testierenden Stufe eine Vollständigkeitserklärung abgegeben werden. Die Vorsteherin des Finanzdepartements und der Leiter der Finanzverwaltung haben dieses Dokument für die Rechnung 2017 nicht unterzeichnet und begründen dies mit der zu späten Orientierung über den neuen Prüfungsansatz. Die Finanzkontrolle kann deshalb für die

Finanzkontrolle kann Schweizer Prüfungsstandards für Jahresrechnung 2017 nicht bestätigen

Prüfung der Jahresrechnung 2017 die Schweizer Prüfungsstandards nicht bestätigen.

Zu ihren wichtigsten Feststellungen in der 2014 durchgeführten Restatement-II-Revision nimmt die Finanzkontrolle wie folgt Stellung:

- Das Tiefbauamt hat die Inventarisierung der Wasserbauten 2016 abgeschlossen und eine erfolgsneutrale Aufwertung von CHF 50.9 Mio. vorgenommen. Aufgrund der Feststellung der Finanzkontrolle, dass die Aufwertung zu hoch ausgefallen ist, hat das Tiefbauamt in der Rechnung 2017 eine erfolgsneutrale Korrektur um CHF 25.4 Mio. vorgenommen. Die Finanzkontrolle ist damit einverstanden.
- Der Kanton schreibt die Strassen bis auf weiteres über 50 Jahren ab, obwohl die Finanzkontrolle eine kürzere Frist empfohlen hat. Eine Analyse der Nutzungsdauer ist im Gang und wird 2018 abgeschlossen.
- Die Folgebewertung Hochbauten im Verwaltungsvermögen wurde per Ende 2017 zum vierten Mal angewendet. Nach einer Prüfung der Systematik und der Anwendung des Ansatzes durch die Finanzkontrolle hat die Finanzverwaltung das System verbessert.

*Korrektur bei
Aufwertung der
Wasserbauten*

*Analyse Abschrei-
bungsdauer Strassen*

*Folgebewertung Hoch-
bauten verbessert*

Die Prüfung der konsolidierten Jahresrechnung 2017 war bei der Finanzkontrolle zum Zeitpunkt der Verabschiedung des vorliegenden Berichts im Gang. Voll konsolidiert werden die Industriellen Werke Basel (IWB), die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB), das Universitätsspital Basel (USB), die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK), das Felix Platter-Spital (FPS) und das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel (UZB). Die weiteren Beteiligungen werden nach der Equity-Methode bewertet.

*Prüfung der konsoli-
dierten Rechnung*

Gemäss Finanzhaushaltsgesetz (FHG) hat der Regierungsrat jährlich eine Analyse und Beurteilung der Risiken des Kantons vorzunehmen. Dabei sind primär die Risiken zu erfassen, die einen wesentlichen Einfluss auf die finanzielle Situation des Kantons haben. Gemäss Verordnung zum FHG legt der Regierungsrat darauf basierend Massnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken fest und erlässt Grundsätze für ein zweckmässiges Internes Kontrollsystem (IKS). Die Departemente haben für ihren Verantwortungsbereich ein IKS in den Bereichen Compliance, Vermögensschutz, zweckmässige Mittelverwendung und ordnungsmässige Rechnungslegung zu dokumentieren.

*Grundsätze für Inter-
nes Kontrollsystem
(IKS) beschlossen*

Die Finanzkontrolle stellt fest, dass die vom Regierungsrat durchgeführte Risikobeurteilung im Anhang der Jahresrechnung 2017 offengelegt und erläutert wird. Der Regierungsrat hat die Grundsätze für ein zweckmässiges IKS am 28. Juni 2016 beschlossen und einen Projektauftrag zu deren Umsetzung erteilt. Die Finanzkontrolle stellt fest, dass die IKS-Grundsätze in den Departementen und Dienststellen noch nicht operativ umgesetzt sind. Sie bezeichnet das IKS deshalb als nicht im Sinne des FHG und der Verordnung zum FHG umgesetzt.

*IKS-Grundsätze
noch nicht operativ
umgesetzt*

3. Würdigung der Jahresrechnung durch die Finanzkommission

Die Finanzkommission nimmt das Ergebnis der Jahresrechnung 2017 zum wiederholten Mal erfreut zur Kenntnis. Die Gesamtrechnung schliesst dank höheren Steuereinnahmen und einem verbesserten Finanzergebnis deutlich besser ab als budgetiert. Das gute Ergebnis bedeutet, dass die Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden konnten, die Schulden des Kantons weiter reduziert wurden und als Folge davon die Schuldenquote sinkt. Der vorliegende Abschluss 2017 zeigt zusammen mit der Finanzplanung für die kommenden Jahre, dass der Kanton Basel-Stadt einen strukturellen Überschuss in der Grössenordnung von ca. CHF 130-150 Mio. aufweist.

*Finanzkommission
erfreut über
Ergebnis 2017*

Die Finanzkommission stimmt mit dem Regierungsrat überein, dass der strukturelle Überschuss dazu verwendet werden soll, eine mehrheitsfähige Steuerreform zu realisieren. Ohne auf die im Einzelnen umstrittenen und noch zu diskutierenden Inhalte der anstehenden Reform einzugehen, unterstreicht die Finanzkommission die Bedeutung der anstehenden Unternehmenssteuerreform für eine weiterhin nachhaltige Finanzpolitik des Kantons Basel-Stadt.

Struktureller Überschuss soll für steuerliche Erleichterungen genutzt werden

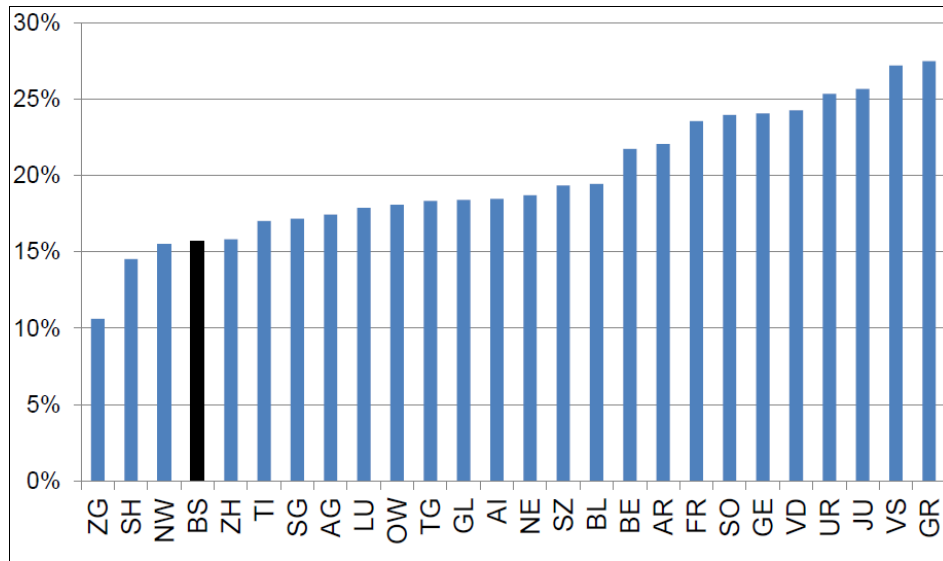
Sie stellt darüber hinaus mit Sorge fest, dass trotz insgesamt guter Wirtschaftslage die Sozial- und Gesundheitskosten regelmässig ansteigen, bedingt durch Faktoren, die vom Kanton wenig beeinflussbar sind. Trotz steigenden Steuereinnahmen ist deshalb der Spielraum des Kantons in andern Bereichen ohne Abbau staatlicher Leistungen oder auch für einen weiteren Schuldenabbau gering. Die Finanzkommission erwartet aber vom Regierungsrat, dass er auf die Ursachen der steigenden Sozial- und Gesundheitskosten, soweit dies in seinen Möglichkeiten liegt, Einfluss nimmt.

*Sozial- und Gesundheitskosten steigen
trotz guter
Wirtschaftslage*

Um für die Beurteilung der Staatsfinanzen des Kantons Basel-Stadt eine zusätzliche Grundlage zu haben, hat die Finanzkommission den Regierungsrat gebeten, ihr einen Vergleich der kantonalen Staatsquote mit andern Kantonen vorzulegen. Der Kanton Basel-Stadt hat bekanntlich vergleichsweise hohe Pro-Kopf-Ausgaben, gleichzeitig aber auch eine hohe Wirtschaftsleistung, was erklären mag, dass die Ausgaben für Verkehr, Bildung, Kultur oder andere Leistungen, die zumindest zum Teil auch Zentrumsleistungen darstellen, sehr hoch sind. Für die Kantone lässt sich zwar keine eigentliche Staatsquote berechnen, weil es sich bei einem Teil der kantonalen Ausgaben um nicht kantonalisierbare Bundesausgaben handelt. Hingegen kann als Vergleichsgrösse zwischen den Kantonen die Ausgabenquote, d.h. das Verhältnis der gesamten Ausgaben eines Kantons und seiner Gemeinden zum kantonalen BIP, als Vergleich herangezogen werden. Wie Abbildung 3-1 zeigt, steht der Kanton Basel-Stadt bei dieser Kenngrösse gut da, was die hohen Pro-Kopf-Ausgaben stark relativiert. Bei den Pro-Kopf-Ausgaben steht der Kanton zusammen mit dem Kanton Genf an der Spitze. Aufgrund der Zentrumsleistungen kommt er in diesem Vergleich „zu schlecht“ weg. Bei der Ausgabenquote dürfte das Gegenteil der Fall sein, tragen zum kantonalen BIP doch auch auswärtige Arbeitskräfte bei.

*Vergleich der Ausgabenquoten relativiert
hohe Pro-Kopf-Ausgaben des Kantons*

Abbildung 3-1: Ausgabenquoten der Kantone (2015)



Quelle: Finanzdepartement (basierend auf Daten des Bundesamts für Statistik und der Eidgenössischen Finanzverwaltung)

Eine grosse Mehrheit der Finanzkommission erachtet den in der obigen Abbildung gemachten Vergleich als Bestätigung dafür, dass der Kanton seine Kosten nicht nur im Griff hat, sondern dass diese auch einem interkantonalen Vergleich standhalten. Für sie ist dieser Vergleich zumindest ein Hinweis darauf, dass mit drastischen Sparmassnahmen, wie sie vereinzelt gefordert werden, die Prosperität des Kantons und das Wohlergehen seiner Bewohner in Frage gestellt würde. Die Finanzkommission erwartet jedoch, dass der Regierungsrat die Ausgaben des Kantons regelmässig auf ihre Notwendigkeit überprüft und mit den Finanzen haushälterisch umgeht.

Drastische Sparmassnahmen könnten Prosperität des Kantons in Frage stellen

4. Generelle Feststellungen zur Jahresrechnung 2017

4.1 Sozialkosten

Das stetige Ansteigen der Ausgaben des Kantons für Soziales bereitet der Finanzkommission Sorge. Sie hat deshalb alle Departemente gebeten, Massnahmen im eigenen Bereich zur Vermeidung von staatlicher Abhängigkeit aufzuzeigen. Diesem Anliegen wurde nicht genügend nachgekommen. Stellvertretend für die anderen Departemente antwortete das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Im Erziehungsdepartement gibt es beispielsweise Module zum Nachholen eines Sek I-Abschlusses, im Bau- und Verkehrsdepartement Möglichkeiten für die Beschäftigung von Wenig-Qualifizierten. Das Finanzdepartement ist federführend hinsichtlich des Kaufs von Wohnraum für Bedürftige.

Unbefriedigende Antworten auf Frage nach Massnahmen gegen steigende Sozialkosten

Die Finanzkommission bedauert die Unvollständigkeit der Berichterstattung, wie die erwähnten Beispiele zeigen. Weitere Massnahmen, die Sozialkosten zu senken, gibt es sicher auch in anderen Departementen. Weiter fehlt aus Sicht der Finanzkommission vermehrtes departementsübergreifendes Handeln. Es stellt sich die Frage, weshalb das erfolgreiche Modell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bei welchem drei Departemente involviert sind, nicht auch für andere Zielpublika angewandt wird. Die Finanzkommission ersucht den Regierungsrat, dieses Thema departementsübergreifend prioritär zu behandeln.

Finanzkommission erwartet departementsübergreifende Herangehensweise an Problematik steigender Sozialkosten

Das Gesundheitsdepartement hat mitgeteilt, Anreize und Mechanismen zu prüfen, die letztlich zu Einsparungen führen. So sollen Personengruppen motiviert werden, kostengünstige Krankenversicherungsmodelle zu wählen. Auch präventiv soll gehandelt werden. Weiter werden die Ausgaben für Gefängnismedizin und medizinische Leistungen für Asylsuchende überprüft. Für Suchtkranke soll besonders erreicht werden, dass der Arbeitsplatz erhalten bleibt oder eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt erfolgen kann.

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt hat Auskunft über die Gründe der höheren Ausgaben erteilt. Klar ist, dass es alle heute angebotenen Massnahmen zur Unterstützung Bedürftiger braucht. Auch offenkundig ist, dass diese Ausgaben nur bedingt gesteuert werden können. Trotzdem scheint der Finanzkommission die Zusammenarbeit zwischen den Departementen zur Erreichung einer Stabilisierung der Kosten derzeit nicht optimal.

Es stellt sich die Frage, ob nicht Handlungsbedarf bei den Ursachen der Staatsabhängigkeit getroffen werden sollten; die diversen Unterstützungen bekämpfen vor allem die Symptome. Es ist eine Tatsache, dass es stets mehr Leute im Kanton gibt, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst finanzieren können. Mit Blick darauf sind präventive Massnahmen, wie z.B. Mietzinsbeiträge, Prämienverbilligungen und Stipendien erforderlich. Es muss aber auch früher angesetzt werden. Das bereits erwähnte Projekt zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ist ein Beispiel für frühe Intervention.

Hohe Bedeutung der frühen Intervention

Ähnliche Modelle für andere Altersgruppen sollten ebenso prominent umgesetzt werden.

Die Wirtschaftslage stellt einen wichtigen Faktor hinsichtlich Entwicklung des Budgets der Sozialhilfe dar. Es braucht aber relativ lange Zyklen einer gut gehenden Wirtschaft, bis Auswirkungen, d.h. Aufwandsenkungen bei der Sozialhilfe spürbar werden.

Das Wegfallen von Jobs für wenig Qualifizierte stellt ein grosses Problem dar, welches allein vom Staat nicht gelöst werden kann. Eine koordinierte Aktivität mit der Privatwirtschaft könnte helfen, die Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung zu senken.

*Koordination mit
Privatwirtschaft*

Auch auf Bundesebene ist der Kanton gefordert. So wie die strengere Handhabung der Arbeitslosenversicherung negativ auf die Kantonsfinanzen durchgeschlagen hat, wird die Revision der Ergänzungsleistungs-Gesetzgebung Folgen für die Kantonsfinanzen haben, wenn z.B. die Erhöhung Mietbeiträge ungenügend ausfallen.

4.2 Wohnen/Stadtentwicklung

Die Finanzkommission hat sich mit Vertretern von verschiedenen Departementen, insbesondere Präsidialdepartement und Bau- und Verkehrsdepartement, über die Problematik unterhalten, dass Wachstum wirtschaftlich und von der Bevölkerung her gesehen grundsätzlich etwas Positives ist, dass dadurch aber auch Schwierigkeiten entstehen können: So ist von 2005 bis 2015 die Zahl der Arbeitsplätze um 20'000 gestiegen, jene der Einwohner aber nur um 10'000, was automatisch ein entsprechendes Mehr beim Pendlerverkehr bedeutet.

*Zunahme an Arbeits-
plätzen steigert
Pendlerverkehr*

So ist es nachvollziehbar, dass der Ruf nach mehr Wohnungen auf Stadtgebiet entsteht, was bis zu einem gewissen Grad möglich, aber angesichts des sehr limitierten und stark genutzten Raums nicht einfach ist: Umnutzungen von früher von der Industrie genutzten Gebieten und Verdichtungen ergeben Möglichkeiten, andererseits braucht es auch Platz für Wirtschaft und Gewerbe. Zudem muss berücksichtigt werden, dass eine zu stark genutzte Stadt weder für bisherige noch für neue Bewohnerinnen und Bewohner attraktiv ist – eine ausgewogene Verteilung von Gebieten mit höherer und weniger hoher Bevölkerungsdichte, genügend Raum für Freizeit, genügend und gut verteilter Grün- bzw. Erholungsraum sind nur einige Aspekte, welche die Entwicklung von Stadt und Kanton als hochkomplex erscheinen lassen.

*Ausbau des
Wohnungsangebots*

Die Finanzkommission wird die Entwicklung, insbesondere was den Raum für Wirtschaft und Gewerbe, die Versorgung mit Wohnraum und die damit verbundenen Auswirkungen auf das Steuersubstrat im Auge behalten.

4.3 Informatiksicherheit

Die Finanzkommission stellt fest, dass nach Jahren mit wohl suboptimaler Gewichtung der Informatiksicherheit ein entsprechender Nachholbedarf erkannt wurde und geeignete Massnahmen ergriffen worden sind.

*Nachholbedarf bei
IT-Sicherheit*

Es ist der Kommission bewusst, dass diese Anstrengungen nicht sprichwörtlich „von heute auf morgen“ umgesetzt werden können, und dass es anhaltendes und wiederholtes Wirken der entsprechenden Verantwortlichen braucht. Die Finanzkommission konnte sich aber überzeu-

*Bewusstsein für Prob-
lematik vorhanden*

gen, dass bei Regierungsrat und Verwaltung dieses Bewusstsein verankert ist, und wird die Entwicklung weiterhin beobachten.

In Rücksicht auf die Vertraulichkeit von Detailinformationen in diesem Bereich wird darauf verzichtet, in diesem Bericht weiter auszuführen, welche Massnahmen schon erfolgt sind, und wo es noch vermehrt Anstrengungen braucht. Die Finanzkommission hat sich aber überzeugen lassen, dass die Entwicklung der Informatiksicherheit von Verwaltung und Regierungsrat selbst sehr ernst genommen und von der Finanzkontrolle entsprechend kontrolliert wird. Sollte die Finanzkommission darüber hinaus Handlungsbedarf erkennen, würde sie die nötigen Massnahmen ergreifen.

5. Feststellungen zu Departementen und Dienststellen

5.1 Präsidialdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	183.7	187.9	180.4
Betriebsertrag	25.0	24.6	24.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-158.7	-163.3	-155.8

	Ende 2016	Ende 2017	Differenz
Headcount	437.7	443.3	+ 5.6

Das ZBE des Präsidialdepartements fällt um CHF 4.6 Mio. besser aus als budgetiert. Hauptgrund dafür sind die neu der Allgemeinen Verwaltung statt der Dienststelle Kultur belasteten Pensionskassenkosten der Stiftung Sinfonieorchester Basel und des Theaters Basel in Höhe von CHF 3.9 Mio. Auf das Budget 2018 erfolgte ein Vorgabentransfer.

Budgetentlastung durch Änderung der Buchungspraxis

Effektiv tiefere Ausgaben verzeichnet das Präsidialdepartement 2017 aufgrund des Verzichts auf einen Abstimmungstermin, der noch nicht eingeführten E-Voting-Lösung und des geringer ausgefallenen Aufwands der Archäologischen Bodenforschung. Sein Headcount liegt per 31. Dezember 2017 um 5.7 Stellen über dem Plafond von 437.6. Das Plus zum Vorjahr fällt mit 4.7 Stellen grösstenteils bei den Museen an. Die Stellenentwicklung der Museen ist im Jahresbericht des Regierungsrats allerdings nicht abgebildet. Die Finanzkommission bittet, dies in Zukunft zu ändern.

Steigender Headcount bei Museen

5.1.1 Neue Fachstelle Kulturgüterschutz

Seit dem 1. Juni 2017 ist die Fachstelle Kulturgüterschutz der Abteilung Kultur des Präsidialdepartementes unterstellt. Der generelle Auftrag liegt in der Koordination und dem Sicherstellen des Kulturgüterschutzes im Kanton Basel-Stadt gemäss Bundesgesetz über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten, bei Katastrophen und in Notlagen.

Kulturgüterschutz in kantonaler Verwaltung neu aufgestellt

Zu den Aufgaben der neuen Fachstelle zählt der Schutz der Kulturgüter auf kantonaler Ebene, die Sicherstellung der Zusammenarbeit zwischen Präsidialdepartement, Justiz- und Sicherheitsdepartement, Bau- und Verkehrsdepartement, Museen, Staatsarchiv sowie weiteren staatlichen und privaten Institutionen und der zuständigen Stelle des Bundes; die Beratung, Koordination und Beaufsichtigung des Vollzugs der Massnahmen zum Schutz der Kulturgüter, insbesondere der Inventarisierung in Kooperation mit Kulturinstitutionen; die Erarbeitung von Leitfäden und Richtlinien in Kooperation mit Kulturinstitutionen sowie Kantons- und Bundesbehörden; Aufbau, Begleitung und Unterstützung bei Schadensplatzübungen; die Leitung und Kooperation von Massnahmen für die Sicherstellungsdokumentation sowie Bereitstellung von Kulturgüterschutzräumen; die Organisation und Koordination der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitenden in Kulturinstitutionen und der staatlichen Behörden, insbesondere dem Zivilschutz im Bereich Kulturgüterschutz.

Für die Schaffung dieser Fachstelle wurden gemäss RRB Nr. 16/16/68 vom 24. Mai 2016 CHF 60'000 Lohnkosten ins Budget des Präsidialdepartements eingestellt. Dazu kommen Kosten für Büroeinrichtung, Spesen, Weiterbildung etc. im Rahmen der bestehenden Ressourcen der Abteilung Kultur.

Leider wurde das für eine Kulturstadt wie Basel sehr wichtigen Thema in der Vergangenheit vernachlässigt. Die Finanzkommission begrüsst daher die Schaffung dieser Fachstelle, welche dafür sorgt, dass dem Kulturgüterschutz die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

5.1.2 Ungenaue Budgetierung des Personalaufwandes im Kunstmuseum

Der Personalaufwand des Kunstmuseums stieg erneut um CHF 1.2 Mio. gegenüber dem Vorjahr. Budgetiert waren aber eigentlich rund CHF 1.5 Mio. weniger. Die angefallenen Mehrausgaben im Personalaufwand resultieren aus höheren Lohnkosten bei der Direktion, einer neuen Regelung bei wissenschaftlichen Assistenten, für Stellvertreterentschädigungen, für ungeplanten Abfindungen, für erhöhte Arbeitspensen und für Überstunden. Die mit den umfangreichen Eröffnungsaktivitäten angefallenen Überstunden aus dem Vorjahr konnten bisher noch nicht ausreichend abgebaut werden. Die Budgetüberschreitung zeigt sich unter anderem in folgenden Positionen:

- erhöhte Lohnkosten (+ CHF 652'598)
- nicht budgetierte Überstunden- und DAG-Abgrenzung (+ CHF 569'120)
- erhöhte Zulagen für Inkonvenienzen (+ CHF 94'337)
- erhöhte Arbeitgeberbeiträge (+ CHF 272'505)

Die Finanzkommission wünscht sich, dass zukünftig exakter budgetiert wird.

Steigender Personalaufwand bei Kunstmuseum

Finanzkommission erwartet realistischere Budgetierung

5.2 Bau- und Verkehrsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	297.3	290.7	289.3
Betriebsertrag	132.3	115.2	120.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-165.0	-175.5	-168.9

	Ende 2016	Ende 2017	Differenz
Headcount	938.0	948.2	+ 10.2

Das ZBE des Bau- und Verkehrsdepartements liegt mit CHF -165.0 Mio. trotz höherem Betriebsaufwand unter Budget und Vorjahr. Mehrausgaben von CHF 3.8 Mio. sind bei den Entwicklungsbeiträgen und Erschliessungsbeiträgen aus dem Fonds Mehrwertabgabe entstanden, weitere CHF 4.4 Mio. in der Produktgruppe Tram und Bus des ÖV-Globalbudgets hauptsächlich wegen ausgebliebener Mehrerlöse aus den Tarifierhöhungen des Tarifverbunds Nordwestschweiz (TNW) per Dezember 2016 (vgl. Kapitel 5.2.3).

Kein Mehrerlös nach TNW-Tarifierhöhung

Der um CHF 17.1 Mio. über dem Budget liegende Betriebsertrag geht zu einem grossen Teil auf Mehreinnahmen von CHF 11.0 Mio. in den Fonds Mehrwertabgabe zurück. Einen Mehrertrag von CHF 2.2 Mio. verzeichnet das Tiefbauamt aus Allmendgebühren und Bewilligungen aufgrund von Grossbaustellen sowie aus Plakatierungen. Die Abgeltungsrechnung zwischen BVB und BLT ist aus Sicht des Kantons um CHF 1.2 Mio. besser ausgefallen als erwartet.

*Höhere Einnahmen
aus Mehrwertabgabe*

Den Headcount-Plafond unterschreitet das Bau- und Verkehrsdepartement mit per Ende 2017 948.2 Vollzeitstellen um 17.4. Die Abweichung zwischen Headcount und Plafond begründet es mit per Stichtag vakanten Stellen.

5.2.1 Erweiterungsbau Burghof des Kunstmuseums Basel

Die provisorische Bauabrechnung des Erweiterungsbaus „Burghof“ des Kunstmuseums Basel liegt nach Berücksichtigung der Teuerung CHF 4.6 Mio. über den vom Grossen Rat bewilligten Kredit. Die Finanzkommission erkundigte sich im Rahmen des Hearings mit den Vertretern des Baudepartements über den endgültigen Stand der Bauabrechnung. Bisher konnte noch keine definitive Bauabrechnung erstellt werden. Bei der Eröffnung im April 2016 waren aber noch nicht alle Bauarbeiten abgeschlossen. Restarbeiten fanden bis Ende 2016 statt, beispielsweise Betriebsoptimierungen an der Gebäudetechnik. 2017 folgten Mängelbehebungen, Projektabschlussarbeiten und Abrechnungen. Schliesslich erstellte man eine provisorische Bauabrechnung. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht absehbar, dass Zusatzkosten entstehen würden infolge zweier Ursachen:

*Definitive Bauabrechnung
für Erweiterungsbau
Kunstmuseum
noch ausstehend*

Zum einen ist der Grossteil der Technik einer Etage (Lüftung, Elektro) im Fussboden (Blindboden) des darüber liegenden Raumes „versteckt“, und bei den Räumen des 2. Obergeschosses auf dem Dach. Diese Technik ist eingehaust mit dem Ziel einer möglichst langen Lebensdauer. In diesen Einhausungen sind klimatische Schwierigkeiten aufgetaucht, insbesondere mit der Feuchtigkeit. Wer für das Problem verantwortlich ist, ist Gegenstand von Diskussionen mit den Versicherungen. Zu wessen Lasten die Zusatzkosten gehen, steht noch nicht fest.

Zum anderen entstanden zusätzlich Differenzen bei der Abgrenzung von Grund- und Zusatzleistungen. Die Verhandlungen diesbezüglich zwischen Planern und Auftraggeber benötigen zusätzliche Zeit.

Die Ausgabenbewilligung belief sich auf CHF 100 Mio. Die aufgelaufene Teuerung liegt bei CHF 4.7 Mio. Der Bund hat CHF 1.1 Mio. an das Projekt beigesteuert. Insgesamt standen somit CHF 105.8 Mio. zur Verfügung. Gemäss aktuellem Stand wird die definitive Bauabrechnung etwa bei CHF 109 Mio. liegen, was einer Überschreitung des bewilligten Kredits um CHF 3.6 Mio. oder 3.5% entspricht.

*Überschreitung der
bewilligten Ausgaben
absehbar*

Die Finanzkommission wird sich mit den Kosten des Erweiterungsbaus des Kunstmuseums wieder auseinandersetzen, sobald die definitive Bauabrechnung vorliegt.

Auch wenn es sich um separate Projekte handelt: Die Finanzkommission befürchtet, dass es auch bei der Sanierung des Altbaus zu Schwierigkeiten kommen könnte.

rigkeiten und Kostenüberschreitungen kommen könnte. Das Bau- und Verkehrsdepartement konnte dazu noch keine Auskunft geben.

5.2.2 Modernisierung St. Jakobhalle

Die Finanzkommission erkundigte sich zudem über den Stand der Kosten im Projekt „Modernisierung der St. Jakobhalle“. Gemäss aktuellem Kostenstand sollte die Ausgabenbewilligung von CHF 110.7 Mio. eingehalten werden können. In Anbetracht der hohen Komplexität des Projektes sind die Reserven jedoch als äussert knapp zu bezeichnen. Eine detaillierte Analyse des Kostenstandes wurde deshalb in Auftrag gegeben und sollte Ende Juni 2018 vorliegen.

*Knappe Reserven
beim Projekt
St. Jakobshalle*

Die Projektleitung geht davon aus, dass die Termine für die dritte grosse Bauphase eingehalten werden können.

5.2.3 Globalbudget ÖV, Bereich Tram und Bus

Die Finanzkommission wollte sich mit dem verkehrspolitischen Leitbild des Kantons auseinandersetzen, musste dies aber auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, da das Leitbild vom Regierungsrat noch nicht verabschiedet ist.

Beim Globalbudget ÖV kam es im Vergleich zum Budget zu Mehrkosten von CHF 4.4 Mio. Zur Hauptsache (CHF 4.1 Mio.) ist dies darauf zurückzuführen, dass sich die Tarifierhöhung bei Tram und Bus Ende 2016 spürbar negativ auf die Nachfrage ausgewirkt hat, was sich in tieferen Einnahmen niederschlug. Die erwarteten Wirkungsziele im Globalbudget wurden deshalb bei Weitem nicht erreicht. Die Anzahl Fahrten blieben mit 130 Millionen deutlich gegenüber den erwarteten 134 Millionen zurück. Ein Rückgang ist im gesamten Bereich des Tarifverbunds Nordwestschweiz (TNW) feststellbar und lässt sich auch bei anderen Tarifverbunden beobachten, die ihre Preise erhöht haben. Offenbar wurde der Einfluss der Tarifierhöhung auf die Nachfrage unterschätzt. Ebenfalls negativ auf die Einnahmen der BVB dürften sich die zahlreichen Baustellen im Sommer 2017 ausgewirkt haben. Zudem deutet das kontinuierliche Wachstum des Veloverkehrs darauf hin, dass bei kurzen Wegstrecken das Velo eine attraktive Alternative zum ÖV darstellt.

*Negative Auswirkungen der
Tarifierhöhung
auf die Nachfrage*

Die Ursachen für den Nachfragerückgang werden nun von der BVB unter Beizug des Amts für Mobilität im Rahmen einer Marktstudie näher untersucht. Die Finanzkommission erwartet, dass auf Grund der Ergebnisse, die im Spätsommer vorliegen sollten, die Tarifstruktur überprüft und allenfalls angepasst wird.

Der Erneuerungsrückstand bei der Bahninfrastruktur der BVB führt für den Zeitraum von 2017-2020 zu umfassenden Erneuerungsarbeiten. Dafür sind insgesamt Rahmenausgaben von CHF 120 Mio. bewilligt.

Die Bahninfrastrukturanlagen der BVB werden standardisiert über 25 Jahre abgeschrieben. Die effektive Lebensdauer von Geleisen ist aber variabel und ist abhängig vom Verschleiss und dieser wiederum davon, wie häufig Abschnitte befahren werden. Die minimale Lebensdauer beträgt bei Geleisen auf stark befahrenen Abschnitten nur acht bis zehn Jahre (in der Innenstadt), während sich die maximale Lebensdauer auf Abschnitten mit nur 1-2 Linien auf 25-30 Jahre beläuft.

Mit den Baumassnahmen 2017 mussten abgenutzte Gleisanlagen zurückgebaut werden, die in den Büchern der BVB noch mit Restbuchwerten geführt wurden. Dies führte zu Sonderabschreibungen in der Höhe von CHF 5.3 Mio. Bei den für 2018-2020 geplanten Erneuerungsarbeiten werden ebenfalls Anlagen ausgetauscht, die noch einen Restbuchwert haben. Da der Austausch dieser Anlagen bereits geplant ist, kommt es deswegen bereits in der Rechnung 2017 zu zusätzlichen Abschreibungen wegen „Nutzungsdauerverkürzungen“ von CHF 1.5 Mio.

Sonderabschreibungen von CHF 6.8 Mio. für Anlagenabgänge und Nutzungsdauerverkürzungen

Die Finanzkommission ist der Meinung, dass derartige Sonderabschreibungen in Zukunft möglichst vermieden werden sollten und erwartet von den Verantwortlichen, dass in Zukunft der Verschleiss auf unterschiedlich stark befahrenen Abschnitte soweit als möglich in den Abschreibungssätzen berücksichtigt wird.

Die Investitionen in die Infrastruktur der BVB werden auf Grund des neuen BVB-OG neu in Form von Darlehen an die BVB getätigt. Im Jahr 2017 wurde den BVB per 20. Dezember 2017 ein Darlehen über CHF 30 Mio. mit einer Laufzeit von 30 Jahren gewährt. Das Darlehen wird in 20 gleich grossen Jahrestanchen getilgt, das erste Mal per Ende 2018. Das Darlehen wird zum durchschnittlichen Zinssatz der Staatsschulden von aktuell 0.8% verzinst. Mit dem gewährten Darlehen wurde die vom Regierungsrat für 2017 bewilligte Darlehenssumme von CHF 43.5 Mio. nur zum Teil in Anspruch genommen. Es wurden damit im Wesentlichen die folgenden Investitionen in die Bahninfrastruktur der BVB getätigt:

Investitionen in die Infrastruktur der BVB

Erhaltungsmassnahmen der BVB 2017

Basler Verkehrsbetriebe (BVB)			2017
in 1'000 CHF			
MPID	GMI Name	Projektstatus	Erhaltung
609	Lörracherstrasse, flankierende Mn Zollfrei Strasse	D Bauprojekt	4'371
325	Aeusserer Baselstrasse Teil 2 Grundwasserschutz	D Bauprojekt	3'665
2377	Münchensteinerbrücke	C Vorprojekt	2'685
534	Aeschengraben	D Bauprojekt	2'624
1372	Kleinhühningerstrasse	D Bauprojekt	2'379
419	Greifengasse	D Bauprojekt	2'323
2378	Steinenberg bis Barfüsserplatz und Kreuzungsbereich Theaterstrasse	C Vorprojekt	2'193
1954	Münchensteinerstrasse M-Parc	D Bauprojekt	2'089
338b	Elisabethenstrasse Umgestaltung	D Bauprojekt	1'765
1311	Dorenbachkreisel	D Bauprojekt	1'587
2192	Mittlere Rheinbrücke	D Bauprojekt	1'541
2473	Fahrleitungsverstärkung	C Vorprojekt	1'410
2218	Klybeckstrasse – Gleisbau BehiG	D Bauprojekt	1'277
2373	Hst. Brausebad Linie 1 Ersatz der Weiche und Gleis	D Bauprojekt	631

Quelle: Bau- und Verkehrsdepartement

5.3 Erziehungsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	1'112.5	1'124.1	1'105.1
Betriebsertrag	170.8	163.7	163.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-941.7	-960.4	-941.8

	Ende 2016	Ende 2017	Differenz
Headcount	3'249.1	3'361.8	+ 112.7

Das Erziehungsdepartement verzeichnet ein nahezu unverändertes ZBE. Das Budget unterschreitet es um 1.9% oder CHF 18.7 Mio. Begründen lässt sich dies u.a. mit unter den Erwartungen gebliebenen Schülerinnen- und Schülerzahlen (vgl. Kapitel 5.3.1), die den Personalaufwand um CHF 5.5 Mio. entlasten. Auch die im Transferaufwand verbuchten Beiträge für verstärkte Massnahmen, an Spielgruppen und an die Handelsschule KV Basel fallen hauptsächlich wegen geringerer Schülerzahlen um insgesamt CHF 2.4 Mio. tiefer aus.

Unter Erwartungen gebliebene Schülerzahlen entlasten Budget

Höhere Kosten von rund CHF 3 Mio. fallen im Personalaufwand für Lektionendächer und Kosten pro Lektion an; weitere Minderkosten entstehen im Reinigungs- und Abwartswesen, bei den kantonalen Heimen (tiefere Auslastung), dem Pädagogischen Zentrum (geänderte Verbuchungspraxis) und aufgrund von Vakanzen.

Zu Minderkosten von CHF 2.1 Mio. im Transferaufwand führen reduzierte Platzierungen in der Jugendhilfe (vgl. Kapitel 5.3.6), zu Mehrkosten ausserkantonale Schulbesuche (CHF 0.8 Mio.), Gratisdeutschkurse (CHF 0.7 Mio.) und die Tagesbetreuung (CHF 0.3 Mio.).

Mehr- und Minderkosten im Transferaufwand

Mehrerträge von CHF 1.3 Mio. verzeichnet das Erziehungsdepartement bei Schul- und Kursgeldern, während die Benützungsgebühren und Erlöse aus Verkäufen um CHF 0.6 Mio. tiefer als budgetiert ausfallen. Der höhere Transferertrag geht zu einem Grossteil auf die erstmalige transitorische Abgrenzung der Bundeseinnahmen und Kantonsbeiträge für ausserkantonale Studierende beim Bildungszentrum für Gesundheit zurück (CHF 3.4 Mio.). Gestiegene ausserkantonalen Schülerzahlen führen im Rahmen der Schulgeldabkommen zu um CHF 1.2 Mio. höheren Beitragszahlungen.

Beim Headcount verzeichnet das Erziehungsdepartement auch 2017 einen deutlichen Anstieg um 112.7 Stellen. 28.7 davon gehen auf die Anpassung der Feriendauer an den Schulen und gleichzeitiger Einführung einer Entlastung für Klassenleitungsfunktionen zurück und sind kostenneutral (vgl. Kapitel 5.3.4). Weil die damit verbundene Plafonderhöhung erst im Budget 2018 nachvollzogen wird, überschreitet das Erziehungsdepartement den Plafond per Ende 2017 um 7.7 Stellen.

Neue Ferienregelung für Lehrpersonen erhöht Headcount

5.3.1 Schulraumplanung: Weniger Schüler als prognostiziert

Die Rechnung des Erziehungsdepartements schliesst deutlich unter Budget ab. Hauptgrund dafür sind die unter den Erwartungen gebliebenen Schülerzahlen. Dies reduzierte die Unterrichtskosten, die einen wesentlichen Anteil am Budget des Erziehungsdepartements ausmachen.

Grössere Abweichung bei Schülerprognose als in Vorjahren

Die prognostizierten Gesamtzahlen der Schülerinnen und Schüler der Volksschulen beruhen auf Prognosen des Statistischen Amtes und auf Erfahrungswerten des Erziehungsdepartements, wobei im Berichtsjahr beide Stellen von höheren Zahlen ausgegangen sind, sodass die effektiven Schülerzahlen weiter von den budgetierten Zahlen entfernt sind als in den Vorjahren. Das Departement hat die Zahlen des Statistischen Amtes im Berichtsjahr nach oben – anstatt wie in anderen Jahren nach unten – angepasst. Zur Differenzen zwischen den budgetierten und effektiven Zahlen trug auch die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schulstandorte bei, da seit der Schulreform neu acht von elf Schuljahren (Kindergarten und Primarschule) quartierbezogen sind.

Bezüglich der Schülerzahlen bei den Mittelschulen sind die Annahmen des Statistischen Amtes etwas weniger aussagekräftig als bei den Volksschulen, da die Basler Mittelschulen auch von Jugendlichen aus dem Kanton Basel-Landschaft und dem Fricktal besucht werden. Auch bei den Berufsfachschulen ist die Prognostizierung komplex, da Jugendliche mit Lehrstellen aus den Kantonen AG, BL und SO die Berufsschule in Basel besuchen und auch umgekehrt Lernende aus Basel-Stadt die Schule ausserkantonale besuchen. Im Berichtsjahr war die Differenz zwischen den budgetierten und effektiven Zahlen zudem als Folge der Schulreform (vgl. Kapitel 5.3.3) grösser als in der Vergangenheit und die Abweichung von der Prognose bei Gymnasien und Berufsfachschulen signifikant. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Abweichung in der Rechnung 2018 wieder deutlich kleiner sein wird.

Prognose bei Mittelschulen schwieriger als bei Volksschulen

5.3.2 Verstärkte Massnahmen: Mehr Schüler, weniger Ausgaben

Wie bereits in den Rechnungen der Vorjahre wurde das Budget der verstärkten Massnahmen (VST) um etwa CHF 1 Mio. nicht ausgeschöpft. In den Vorjahren seit Einführung der integrativen Schule hatte dies wohl mit Planungsungenauigkeiten zu tun. Im Berichtsjahr kann die Kostenreduktion aber nur durch aktuelle Entwicklungen bei den verfügbaren Massnahmen erklärt werden.

Budget für verstärkte Massnahmen trotz steigender Inanspruchnahme nicht ausgeschöpft

Umso mehr erstaunt, dass die Kosten der Verstärkten Massnahmen um eine Million CHF sanken, obwohl die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit VST im Vergleich zum Vorjahr um gegen 10% anstieg. Offenbar werden pro Schülerin oder Schüler durchschnittlich wesentlich weniger Mittel zugewiesen. Insgesamt konnte nicht festgestellt werden, ob diese auffällige Kostenreduktion das Ergebnis einer erfolgreichen schulischen Integrationsarbeit oder eine Fehlerfassung der für die schulische Integration notwendigen Ressourcen darstellt.

5.3.3 Auswirkungen neues Schulmodell

Das Berichtsjahr war das zweite Jahr, in welchem aufgrund der Schulreform bzw. der verkürzten Dauer des Gymnasiums keine Eintritte von Schülerinnen und Schüler in das Gymnasium stattgefunden und folglich deren Zahl abgenommen hat. Die Verkürzung der Schulzeit von fünf auf vier Jahren führte zu rückläufigem Headcount an den Gymnasien. Der dadurch bedingte Abbau musste neben dem Bezug von Guthaben in der Lektionenbuchhaltung und Wechseln von Lehrpersonen in die Sekundarstufe I und andere Gymnasien durch den Abgang befristet angestell-

Keine Auflösung von unbefristeten Arbeitsverhältnissen in Folge Verkürzung der Gymnasialdauer

ter Lehrpersonen bewerkstelligt werden. Priorität hatten Lehrpersonen mit einer festen Anstellung, sodass keine unbefristeten Arbeitsverhältnisse aufgelöst werden mussten. Jedoch konnte bei 24 Headcountstellen bzw. 60 (Teilzeit-) Angestellten die befristete Anstellung nicht fortgesetzt werden. Betroffen waren auch Lehrpersonen, die über mehrere Jahre befristet tätig waren, da seit 2010 im Hinblick auf die Verkürzung der Schulzeit keine unbefristeten Anstellungen mehr vorgenommen wurden.

5.3.4 Neue Ferienwoche und Abbau Ferienguthaben

Die geäußerten Überzeit- und Ferienguthaben für Lehrpersonen betrugen Ende Berichtsjahr CHF 27'600'150, verteilt auf die Volks-, Mittel- und berufsbildenden Schulen. Die Neuregelung der Schulferien bzw. die Verlängerung der Weihnachtsferien auf 14 Tage wurde im Schuljahr 2017/2018 eingeführt. Bis zum 31. Juli 2017 konnten noch entsprechende Ferienguthaben für Lehrpersonen geäußert werden, sodass auch im ersten Halbjahr 2017 das Volumen der Ferienguthaben noch weiter angestiegen ist. Seit dem 1. August 2017 werden jedoch keine weiteren Ferienansprüche mehr gutgeschrieben. Der Abbau der Guthaben soll nun dosiert in den kommenden drei bis fünf Jahren erfolgen, da Ferienguthaben nicht ausbezahlt werden können. Die Finanzkommission stellt fest, dass der Abbau der Ferienguthaben der Lehrpersonen aufgrund der betrieblichen Verträglichkeit gestaffelt erfolgen muss, weshalb ein Abbau innerhalb eines oder zweier Jahre nicht möglich ist.

*Keine weitere Äufnung
von Ferienkonti bei
Lehrpersonen*

5.3.5 Ausbildungsbeiträge (Stipendien): Stand der Dinge und Ausblick

Ausbildungsbeiträge machen individuelle Berufsentwicklungen möglich, die ohne staatliche Hilfe auf Grund der mangelnden Chancengleichheit scheitern würden. Prozentual weist der Kanton Basel-Stadt im Berichtsjahr die zweitgrösste Anzahl unterstützter Personen aller Kantone aus, kommt andererseits aber bezüglich der durchschnittlichen Höhe des Jahresstipendiums ins letzte Drittel aller Kantone.

*Stipendienmodell des
Kantons führt zu ver-
gleichsweise vielen
Unterstützungen*

Über den Zusammenhang der Ausgaben für Ausbildungsbeiträge im Lichte der steigenden Zahlen an Lernenden im Verhältnis zu den Gesamtausgaben im Bildungsbereich liegen keine Informationen vor. In der kantonalen Abwicklung der finanziellen Unterstützung von in Ausbildung stehenden Personen bleibt weiterhin unklar, ob es im Rahmen der Existenzsicherung nicht Doppelspurigkeiten gibt, die sowohl die betroffenen Ämter wie die Auszubildenden unnötig aufwand- und kostenreich belastet. Die Finanzkommission erwartet diesbezüglich eine Klärung und allfällige Eliminierung von Doppelspurigkeiten.

*Mögliche Doppel-
spurigkeiten zu
Existenzsicherung*

5.3.6 Kinder- und Jugendhilfe: Weniger stationäre Platzierungen und frühere Massnahmen

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz sorgt für die allgemeine Förderung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien, also auch Erziehenden. Im Vordergrund stehen dabei die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe des Kantons. Im Rahmen des Kinder- und Jugendschutzes kam es in den vergangenen fünf Jahren zu einer stabilen Zahl an Meldungen, die eine staatliche Intervention erforderten. Die In-

*Staatliche Interven-
tionen im Kinder- und
Jugendschutz
zahlenmässig stabil*

tegration der Kleinkinder im Bereich der Frühförderung (Erfassung durch das Zentrum durch Frühförderung) führte zwar zu einem markanten Anstieg der Fallzahlen, nicht aber zu einer Kostensteigerung, die Kosten halten sich im Fünfjahresmittel.

Die Anzahl der Interventionen sowie die Kosten der Kinder- und Jugendhilfe sind insgesamt leicht angestiegen. Im Rahmen der Entwicklung kann nach Angaben des Departementes festgehalten werden, dass die Anzahl der ambulanten im Vergleich zu den stationären Interventionen zugenommen haben, was sich insgesamt kostensenkend ausgewirkt hat. Die frühe Förderung und deren Erfassung haben dazu geführt, dass Meldungen früher erfolgen. Die weiteren Kosten, die Anspruchsbasis aus dem Gesetz betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG) haben, wurden nicht dargestellt und sind Gegenstand weiterer Berichterstattung.

Zunahme von ambulanten Interventionen wirkt kostendämpfend

5.4 Finanzdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	118.9	120.2	120.5
Betriebsertrag	71.2	72.0	72.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-47.8	-48.1	-48.4

	Ende 2016	Ende 2017	Differenz
Headcount	495.5	507.6	+ 12.1

Beim Finanzdepartement weichen Betriebsaufwand, Betriebsertrag und auch ZBE in der Grössenordnung von einem Prozent vom Budget ab. Den um CHF 1.9 Mio. unter Budget liegende Personalaufwand begründet das Departement mit Vakanzen. Von 526.4 bewilligten Stellen hatte es per Ende 2017 nur 507.6 besetzt. In einzelnen Dienststellen ist es aufgrund von Vakanzen zu Projektverzögerungen gekommen, die sich auch mindernd auf den Sachaufwand ausgewirkt haben. Dass der Sach- und Betriebsaufwand dennoch um 3.8% über dem Budget liegt, geht u.a. auf Debitorenverluste auf Gebühren bei der Steuerverwaltung und den Beizug von temporären und externen Mitarbeitenden zurück.

Keine wesentlichen Budgetabweichungen

5.4.1 Rechnungsabgrenzung und Steuererträge

Die Berechnung der aktiven Rechnungsabgrenzung ist ein wichtiges Mittel zur periodengerechten Darstellung der Erfolgsrechnung. Der Rechnungslegungsstandard IPSAS hält auch entsprechend fest, dass die „wirtschaftliche Betrachtungsweise“ massgebend ist, also der Zu- oder Abgang eines Nutzens und nicht der Zeitpunkt der Zahlung.

Bei der Abgrenzung von Steuererträgen gilt es, zwei Unterscheidungen zu machen. Bei den juristischen Personen können die Akontozahlungen als Wert für den ungefähren Steuerertrag übernommen werden, wobei eine Plausibilisierung der Zahlungen anhand der wirtschaftlichen Entwicklung vorgenommen werden muss. Bei den natürlichen Personen spielen die „Sollstellung“ (Steuern) aus dem Vorjahr eine wesentliche Rolle, die mittels eines Wachstumsfaktors geschätzt und entsprechend

Akontozahlungen und Sollstellung als Basis für Abgrenzung von Steuererträgen

korrigiert werden. Neuzuzüger werden mit einem Mittelwert in das Berechnungsmodell miteinbezogen.

Die Finanzkommission hat sich davon überzeugen lassen, dass dieses Berechnungsmodell es erlaubt, die Steuererträge mit realistischer Prognosegenauigkeit abzubilden.

5.4.2 Gewinnablieferungen ausgelagerter Betriebe

Zum positiven Jahresergebnis des Kantonshaushalts haben auch die Gewinnablieferungen von ausgelagerten Betrieben beigetragen. Gegenüber dem Vorjahr fällt deren Gesamtsumme mit CHF 107.1 Mio. um CHF 25.8 Mio. höher aus.

*Gewinnablieferungen
von CHF 107.1 Mio.*

Gewinnablieferungen an den Kanton (in Mio. CHF)

Beteiligung	2016	2017
<i>Basler Kantonalbank</i>	55.0	55.5
<i>BVB</i>	0.0	0.0
<i>Flughafen Basel-Mulhouse</i>	0.0	8.5
<i>IWB</i>	20.0	37.3
<i>Landwirtschaftliche Trocknungsanlage LTA AG</i>	0.0	0.0
<i>MCH, Schweizer Salinen und Selfin Invest AG</i>	2.4	2.6
<i>Schweizerische Nationalbank</i>	0.0	0.0
<i>Schweizerische Rheinhäfen</i>	3.1	3.1
<i>UKBB</i>	0.9	0.0
Summe	81.3	107.1

Quelle: Finanzdepartement

5.4.3 Kantonale Inkassostelle

Seit Einführung der Kantonalen Inkassostelle im Jahr 2013 sind die geschuldeten Steuerbeträge gegenüber dem Kanton von ca. CHF 66 Mio. (2014) auf ca. CHF 51 Mio. (2017) gesunken. Gleichzeitig ist der aktuelle Bestand an Verlustscheinen mit ca. CHF 310 Mio. zu beziffern. Die Finanzkommission begrüsst die Bewirtschaftung der Schulden und damit die angemessene Verteilung der Kosten des Staatswesens auf die Bevölkerung. Von den 2017 rund 15'000 bei der Inkassostelle hängigen Betreibungen betreffen 91% Steuerschulden; die restlichen 9% verteilen sich auf Verlustscheine, die die Inkassostelle für andere Departemente (sogenannte Mandanten) bewirtschaftet.

*Rückläufige
Steuerschulden*

Jahr	2014		2015		2016		2017	
Betreibungsbegehren (ohne Arrestbetreibungen)	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Steuern	16'804	66'523'997	15'476	64'171'089	15'148	59'054'903	13'756	51'005'219
Mandanten	1'666	2'297'994	1'889	2'590'503	1'739	2'832'068	1'330	2'147'845

Quelle: Finanzdepartement

5.5 Gesundheitsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	548.5	559.1	545.5
Betriebsertrag	14.2	15.4	13.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-534.3	-543.7	-531.6

	Ende 2016	Ende 2017	Differenz
Headcount	212.0	212.8	+ 0.8

Das ZBE des Gesundheitsdepartements steigt um 0.5% auf CHF 534.3 Mio., bleibt damit aber um CHF 10.6 Mio. unter dem Budget. Während der Betriebsertrag aufgrund rückläufiger Blutalkohol-Untersuchungen und Lebensaltersschätzungen bei jüngeren Migranten sowie geringerer Einnahmen aus dem Alkoholzehntel und der Spielsuchtabgabe um insgesamt CHF 1.2 Mio. unter dem Budget bleibt, fallen im Betriebsaufwand gegenüber dem Budget Entlastungen in der Spitalfinanzierung (CHF 3.2 Mio.) und der Langzeitpflege (CHF 4.0 Mio.) an.

Aufwand für Spitalfinanzierung und Langzeitpflege unter Budget

Das Budget des Gesundheitsdepartements wird mit über 90% aller Aufwendungen durch den Transferaufwand determiniert. Innerhalb dessen fällt der Kantonsanteil an den stationären Spitalbehandlungen von im Kanton wohnhaften Patienten am stärksten ins Gewicht. Zwischen 2016 und 2017 hat sich die dafür benötigte Summe unter Berücksichtigung der Auflösung einer Tarmed-Rückstellung allerdings um lediglich etwa CHF 1 Mio. erhöht. Die Spitalfinanzierung ist für das Gesundheitsdepartement eine nicht direkt steuerbare Grösse; sie hängt von den Spitaltarifen und der Zahl der Behandlungen ab.

Stationäre Spitalkosten nicht direkt steuerbar

Stärker beeinflussbar sind die gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler. Für 2017 belaufen sich diese auf CHF 62 Mio., was im Vergleich zu 2012 nahezu eine Halbierung bedeutet. Diese Reduktion in den Jahren nach der Verselbständigung war mit den Spitälern vereinbart; sie sollten einen höheren Anteil ihrer Aufwendungen über die Tarife decken. Weiter verbucht wird im Transferaufwand die Restfinanzierung des Kantons in der Langzeitpflege inklusive Ergänzungsleistungen für Personen in Pflegeheimen und mit Spitex. 2017 sind die Kosten dafür eher überraschend gesunken.

Rückgang der gemeinwirtschaftlichen Leistungen an Spitäler

Der Headcount des Gesundheitsdepartements bleibt mit 212.8 Stellen fast unverändert. Auch der Plafond von 227 Stellen hat sich zwischen 2016 und 2017 nicht verändert. Die Unterschreitung des Plafonds ergibt sich aufgrund von Vakanzen und nicht besetzter Stellen. Insbesondere Arztstellen können aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation nicht immer sofort besetzt werden.

Stabiler Headcount

5.5.1 Hochspezialisierte Medizin

Seit dem Jahr 2007 haben die Kantone die gesetzliche Pflicht, die hochspezialisierte Medizin (HSM) gemeinsam zu planen. Der Bund würde diese Aufgabe übernehmen, sollten ihr die Kantone nicht (zeitgerecht) nachkommen. Die Kantone haben deshalb in der Interkantonalen Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin (IVHSM) eine gemeinsame Rechtsgrundlage geschaffen, die seit dem 1. Januar 2009 in Kraft ist. Es

Hochspezialisierte Medizin interkantonal geplant

handelt sich dabei um ein Planungsinstrument der Kantone mit einem gewählten Beschlussorgan und einem Fachorgan, das Kriterien für die Zuteilung von Leistungen definiert. Neben den 26 kantonalen Spitallisten gibt es also zusätzlich eine „nationale Spitalliste“ für die HSM, die für die Kantone verbindlich ist.

Die Fallzahlen der Spitäler sind aus verschiedenen Gründen sehr wichtig. Sie haben Einfluss auf die Lehre und Forschung, auf den Leistungsauftrag an ein Spital und damit auch darauf, ob das Spital auf eine Spitalliste in der Region kommen kann oder ob ein Spital einen hochspezialisierten medizinischen Bereich bekommen kann oder nicht. Neben vielen anderen Gründen beeinflussen auch diese Faktoren die ständig steigenden Gesundheitskosten.

Fallzahlen für Spitäler von grosser Bedeutung

Erstmals wurden 2012 Leistungsaufträge im hochspezialisierten Bereich zugeteilt und zwar mit einer Befristung. Leistungen in der HSM erbringen im Kanton Basel-Stadt das USB, das UKBB und das Claraspital.

USB, UKBB und Claraspital mit Zuteilungen in der HSM

Die erste Zuteilung ist inzwischen abgelaufen, weshalb eine Re-Evaluation notwendig ist. Ein Streitpunkt bei der Neuzuteilung ist in der Region Basel die Viszeralchirurgie. Bisher hatten das Claraspital, das USB und das Kantonsspital Baselland (KSBL) eine Zuteilung in diesem Bereich. Die Fallzahlen des Claraspitals reichen für eine weitere Zuteilung aus, jene von USB und KSBL aber nur, wenn sie miteinander kooperieren. In der Viszeralchirurgie wird auch über eine Zusammenarbeit von USB und Claraspital gesprochen; gemäss Gesundheitsdepartement ist es aber noch zu früh für konkrete Aussagen dazu.

Zuteilungen in der HSM von Fallzahlen abhängig

Dieses Beispiel zeigt, dass durch den Fallzahlenwettbewerb ein Bereich vollständig an das eine Spital gehen kann, ein anderer Bereich an ein anderes Spital. Diese und ähnliche Beispiele werden in der Region gewisse Änderungen verursachen, die in den nächsten Jahren zu Verschiebungen bei den Leistungsaufträgen führen könnten.

Im laufenden Jahr werden den regionalen Spitälern zusätzliche HSM-Felder (z.B. Herzfehler oder komplexe Behandlungen in der Urologie) zugeordnet. Das System HSM wächst. Betreffend Positionierung der kantonseigenen Spitäler macht der Regierungsrat in den Eignerstrategien Vorgaben. Welche Schwerpunkte die Spitäler in der Forschung setzen, ist aber Sache der Verwaltungsräte.

System HSM wächst

Die Finanzkommission stellt fest, dass die Entwicklung der Fallzahlen für die Zukunft der regionalen Spitäler sowie die Planung des regionalen Gesundheitswesens von hoher Bedeutung sind.

5.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	376.8	364.8	368.9
Betriebsertrag	125.1	121.9	120.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-251.7	-242.9	-248.4

	Ende 2016	Ende 2017	Differenz
Headcount	1'668.5	1'701.0	+ 32.5

Beim Justiz- und Sicherheitsdepartement führen Budgetüberschreitungen im Personalaufwand von CHF 3.7 Mio. und im Sach- und Betriebsaufwand von CHF 7.7 Mio. sowie um CHF 3.1 Mio. über dem Voranschlag liegende Entgelte zu einem um CHF 8.7 Mio. vom Budget abweichenden ZBE. Haupttreiber der Überschreitung sind die vom Departement nicht beeinflussbaren steigende Fallzahlen im Justizvollzug, insbesondere im kostenintensiven Massnahmenvollzug (vgl. Kapitel 5.6.7).

*Budgetüberschreitung
wegen Justizvollzug*

Im Pauschalbereich liegt das Ergebnis um 1.0% über dem Budget. Die Dienststelle Bevölkerungsdienste und Migration hat weniger Pässe und Identitätskarten als erwartet ausgestellt, was zu einem geringeren Ertrag führt. Die Kantonspolizei überschreitet das Budget um 0.4%, was u.a. mit dem Zionistenkongress zusammenhängt, der zwar nicht stattgefunden hat, aber trotzdem zu nicht budgetierten Ausgaben von etwa CHF 0.5 Mio. geführt hat (vgl. Kapitel 5.6.1). Im Bereich Rettung liegen Einnahmen und Ausgaben leicht über Budget.

*Pauschalbereich ein
Prozent über Budget*

Bei den Services haben das IT-Projekt zur Migration der departementalen in die kantonale Domäne (AD-Migration, vgl. Kapitel 5.6.5), der Penzenzenabbau in der Inkassoabteilung sowie erhöhte Rekrutierungs- und Ausbildungskosten zu einer Budgetüberschreitung um CHF 1.9 Mio. geführt. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement übernimmt in der IT die kantonalen Standards. Unter dem Budget bleibt dafür die Staatsanwaltschaft. Deren Entgelte fallen um CHF 1 Mio. höher aus als erwartet.

*Höhere Kosten für IT-
Projekt AD-Migration*

Gegenüber dem Vorjahr steigt der Headcount des Justiz- und Sicherheitsdepartements um 32.5 Stellen. Er liegt per Jahresende wie üblich unter dem Plafond. Die Abweichung um 24 Stellen zwischen Ist und Plafond geht grösstenteils auf 19 offene Stellen bei der Kantonspolizei zurück. Deren Personalbestand ist jeweils nach Abschluss einer Polizeischule am höchsten und sinkt danach wieder. Ende 2017 standen 47 Aspiranten in Ausbildung, die nicht zum Headcount gezählt werden.

Höherer Headcount

5.6.1 Nicht ausbudgetierter Sollbestand bei Kantonspolizei

Die Personalausgaben der Kantonspolizei liegen um CHF 1.5 Mio. über dem Budget, weil der Sollbestand strukturell nicht ganz ausbudgetiert war. Ab dem Budget 2014 hat man den Personalaufwand der Polizei tiefer budgetiert, weil der Sollbestand immer unterschritten wurde. 2017 erreichte die Polizei den Sollbestand aber nahezu, die Fluktuationsrate war tief. Die 2014 aus dem Budget gestrichenen CHF 2 Mio. holen das Justiz- und Sicherheitsdepartement nun wieder ein.

*Sollbestand bei
Kantonspolizei nicht
ausbudgetiert*

5.6.2 Zeitguthaben bei Kantonspolizei

Für 2018 plant die Kantonspolizei gemäss dem Departementsvorsteher einen nochmals konkreteren Abbau von Überstunden. Die passivierten Überstunden von CHF 10 Mio. sollen 2018 in der Grössenordnung von CHF 1 Mio. abgebaut werden. Dies bedeutet konkret, dass die Mitarbeitenden der Polizei im Schnitt – grob gesagt – statt 101% nur 99% arbeiten. Auf das gesamte Korps umgerechnet bedeutet dies rund fünf bis zehn Stellen „weniger“. Für 2019 werden eine weitere Reduktion der Überstunden und danach ein realistisches Budget angestrebt. Die Finanzkommission begrüsst die Reduktion der Überstunden.

*Überstundenabbau bei
Kantonspolizei
im Jahr 2018*

5.6.3 Aufgabenüberprüfung Untersuchungsgefängnis

Die Finanzkommission liess sich die Ergebnisse der Aufgabenüberprüfung und deren Kosten präsentieren. Die neue Organisation von Ressorts und Administration beim Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt ist gemäss Departement seit dem 1. Januar 2017 implementiert. Ziel war es, Doppelspurigkeiten im Kader, überlappende Zuständigkeiten und die Vermischung von Führungs- und Fachfunktionen zu beheben. Da die Belegung des Untersuchungsgefängnisses oftmals über 100% liegt - was dem Personal einiges abverlangt - will man mit der Neuorganisation auch eine atmosphärische Verbesserung erreichen. Neu bestehen beim Untersuchungsgefängnis nur noch vier Ressorts. Zudem wurde ein neuer Dienstplan geschaffen, der Entlastung bringen soll.

*Reorganisation beim
Untersuchungs-
gefängnis*

Die einmaligen Kosten beliefen sich auf CHF 25'000. Mit der Neuorganisation entstanden auch neue wiederkehrende Kosten, begründet auf Neubewertungen von Kaderstellen durch den Zentralen Personaldienst und zusätzlichen Stellenressourcen im Bereich „Aufsicht und Betreuung“. Gemäss Departementsleitung werden diese Kosten im Bereichsbudget kompensiert. Die Finanzkommission stellt fest, dass die Aufgabenüberprüfung zu einer Optimierung, nicht aber zu einer Kostenersparnis geführt hat.

5.6.4 Aufgabenüberprüfung Berufsfeuerwehr

Die Finanzkommission liess sich die Aufgabenüberprüfung der Berufsfeuerwehr Basel-Stadt vorstellen. Das Umfeld der Arbeit der Feuerwehr hat sich verändert. Mittels einer Aussensicht sollte deshalb eine Standortbestimmung vorgenommen werden. Die letzte analoge Analyse stammt aus dem Jahr 1989. Für die externe Analyse wurde eine erfahrene Firma beauftragt. Als Kostendach wurde ein Betrag von CHF 100'000 definiert. Die Kosten der bereits abgeschlossenen Bedarfsanalyse lagen rund 10% unter dem Kostendach. Die Umsetzung wird von einem Projekt begleitet, welches ein Kostendach von CHF 27'500 hat.

*Aufgabenüberprüfung
bei Feuerwehr*

Nach der Analyse wurden vor allem folgende vier Punkte näher angeschaut:

In dicht besiedelten Gebieten sollte die Feuerwehr nach maximal zehn Minuten vor Ort sein, in dünn besiedelten Gebieten nach maximal 15 Minuten. Gemäss Rechenmodell ist die Interventionszeit von 15 Minuten nahezu für das gesamte Kantonsgebiet gewährleistet. Die Studie empfiehlt dennoch einen zweiten Einsatzstandort. Diese Empfehlung wird und kann die Feuerwehr nicht sofort umsetzen.

*Zweiter Einsatz-
standort empfohlen*

Als sinnvoll eingestuft wird das heutige Arbeitszeitmodell, das Arbeits- und Bereitschaftszeit kombiniert. Allenfalls kann die Effizienz des Modells erhöht werden, wenn zukünftig Tätigkeiten nicht mehr in der Schicht, sondern im Tagdienst erbracht werden und ein Wechsel hin zu einer prozessorientierten Organisationsform erfolgt.

*Optimierung Arbeits-
zeitmodell möglich*

Zudem soll eine Neuorganisation der Führungsstruktur umgesetzt werden, gerade auch im Hinblick auf die gemeinsame Leitstelle mit der Sanität. Die Berufsfeuerwehr sollte ein grosses und ein kleines bis mittleres

*Stärkere Einbindung
der Milizfeuerwehr*

Ereignis parallel bewältigen können. Die Milizfeuerwehr sollte stärker in den Feuerwehrverbund eingebunden werden; andernfalls droht diese weiter an Attraktivität zu verlieren.

Empfohlen werden nun für den städtischen Raum aber leichtere und kompaktere Fahrzeuge. Dabei handelt es sich um eine grundlegende Änderung, deren Umsetzung bis zum ordentlichen Ersatz aller Fahrzeuge etwa 20 Jahre dauert.

Leichtere und kompaktere Fahrzeuge

Bis im Sommer 2018 wird die Ablauforganisation konkretisiert. Danach folgt bis Ende Jahr die Umsetzungsplanung und ab Januar 2019 die Umsetzungsphase. Die Finanzkommission fragte nach den Folgekosten. Das Departement hält fest, dass die Untersuchung zeige, dass die Feuerwehr gut aufgestellt sei. Die empfohlenen Anpassungen sind allesamt nicht dringlich, sondern können im Verlauf der Zeit umgesetzt werden. Es ist derzeit nicht vorgesehen, eine Erhöhung des Headcounts zu beantragen. Die Finanzkommission wird die Umsetzung des Projekts weiterhin im Auge behalten.

Umsetzung der Empfehlungen ab 2019

5.6.5 Budgetabweichung Projekt Migration der IT-Domäne

Die Finanzkommission forderte vom zuständigen Departement eine Stellungnahme zu der von der Finanzkontrolle in ihrer Revisionsberichterstattung kritisierten grossen Budgetabweichung beim Projekt Migration der departementalen Domäne JSDBS.LOCAL in die kantonale Domäne BS.ch ein. Der geplante externe Aufwand 2017 von CHF 430'000 wurde um ca. CHF 370'000 überschritten. Die internen Arbeitstage 2017 verzeichnen eine Abweichung von rund 164 Tagen (geplant 96 Tage, prognostiziert 260 Tage).

Grosse Budgetabweichung bei IT-Projekt

Gemäss Departement beauftragte der Regierungsrat das Justiz- und Sicherheitsdepartement in Zusammenarbeit mit den Zentralen Informatik-Diensten, sämtliche Applikationen, Benutzer-Identifikationen und Personal Computer von der departementalen Domäne JSDBS.LOCAL in die kantonale Domäne BS.CH zu migrieren. Die Differenz zum Budget ergab sich mehrheitlich aus der Migration der zahlreichen Applikationen, während die Positionen Benutzer-Identifikationen und Personal Computer gemäss Soll umgesetzt werden konnten. Die Finanzkommission empfiehlt, zukünftig eine realistischere und genauere Projekt- und Budgetplanung vorzunehmen.

5.6.6 Anzahl Anrufe auf Notfallnummern: Korrektur

Im Jahresbericht des Regierungsrats wurde die Anzahl Anrufe mit 52'222 (2016: 45'286) auf die Notfallnummern 117 und 112 falsch ausgewiesen, so dass von einer markanten Zunahme der Anrufe ausgegangen werden muss. Im Hearing berichtete das Departement, dass über einen bestimmten Zeitraum ankommende Anrufe in der Datenbank doppelt erfasst wurde. Der Fehler ist mittlerweile behoben. Die korrekte Zahl liegt bei etwa 45'000 Anrufen im 2017.

Doppelt erfasste Anrufe auf Notfallnummern

5.6.7 Kosten Justizvollzug / Strafverfahren

Mit 112'000 Vollzugstagen wurde ein neuer „Rekord“ erzielt und dies erzeugt wiederum höhere Kosten im Straf- und Massnahmenvollzug.

Höchststand bei Vollzugstagen

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat der FKom die Kosten des Strafvollzugs im letzten Jahr aufgeschlüsselt. Daraus resultierten folgende Kosten pro Insasse und Hafttag für das Jahr 2015: Untersuchungsgefängnis CHF 209; Gefängnis Bässlergut CHF 235, Vollzugszentrum CHF 299. In dieser Berechnung nicht enthalten sind Overhead-Kosten, beispielsweise IT-Kosten und nicht direkt betriebliche personelle Ressourcen, welche die Kosten um 10-15% erhöhen würden.

Nun hat die Kommission dieselbe Frage dem Gesundheitsdepartement betreffend den Massnahmenvollzug gestellt. Die UPK verlangt pro Tag und Person mindestens 1'250 CHF. Der Unterschied zwischen Straf- und Massnahmenvollzug ist enorm. Die höheren Kosten im Massnahmenvollzug und bei Straftätern in Krisen sind auf die therapeutische und medizinische Behandlung und Betreuung der zumeist schwerstkranken Täterin bzw. der Täter zurückzuführen, welche nur mit hohem Personal- und Sicherheitsaufwand der Fachpersonen gewährleistet werden kann.

*Enorme Kosten-
differenz zwischen
Straf- und Massnah-
menvollzug*

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement führte dazu aus, dass bei Gefängnissen das Konkordat bestimmt, welche Kosten verrechenbar sind. Bei den UPK gibt es keine solche übergeordnete Instanz. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement führt mit den UPK keine Preisverhandlungen, sondern ist froh, dass die UPK überhaupt Plätze anbieten. Die dem Kanton von den UPK angebotenen 18 Plätze reichen allerdings nicht aus, weshalb es lange Wartelisten gibt. Die Verhandlungsposition der UPK ist gut, denn sie könnten ihre 40 Plätze im Massnahmenvollzug auch ohne Überweisungen des Kantons Basel-Stadt auslasten.

Die Finanzkommission hat das Gesundheitsdepartement gebeten, bei den UPK nachzufragen und erhielt darauf noch folgende Ausführungen:

Die Tarife in der Forensik sind gemäss den Erläuterungen der UPK aus folgenden Gründen höher als die Tarife im Strafvollzug: Die Tarife beinhalten sowohl die Leistungen für die Sicherheit (Infrastruktur) der Patientinnen und Patienten wie auch für den Personalaufwand; der Tag der Patienten und Patientinnen ist strukturiert; die Patienten und Patientinnen erhalten eine deliktorientierte Therapie; d.h. die Höhe der Forensiktarife setzt sich zusammen aus

- den Kosten des Strafvollzugs
- plus den Kosten für die stationäre Psychiatrie,
- plus den Kosten für die Spezialbehandlung deliktorientierte Therapie
- plus die Kosten aus dem Risk Assessment.

Bei der Forensisch-Psychiatrischen Klinik der UPK (FPK) handelt sich um die einzige Klinik der Schweiz mit durchgängig mittlerem Sicherheitsstandard nach der Definition NHS (National Health Service UK). Die Nebenkostenstruktur entspricht derjenigen einer Universitätsklinik, im Hinblick auf die Verteilung des Personalschlüssels liegt den UPK kein Vergleich mit anderen (Forensischen) Kliniken vor.

Die Finanzkommission nimmt die weiteren Erläuterungen kurz vor Berichtsabgabe zur Kenntnis und wird sich zu einem späteren Zeitpunkt nochmals damit auseinandersetzen.

5.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	837.9	839.7	822.4
Betriebsertrag	278.5	283.6	286.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-559.3	-556.2	-536.4

	Ende 2016	Ende 2017	Differenz
Headcount	721.6	717.9	- 3.7

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt verzeichnet 2017 erst zum dritten Mal ein zweckgebundenes Betriebsergebnis von über CHF -500 Mio. Dass dieses bereits CHF -559.3 Mio. erreicht, geht auf die weiter steigenden Sozialkosten zurück. Der um CHF 18.7 Mio. steigende Transferaufwand geht einher mit einer Budgetüberschreitung um CHF 11.4 Mio. Im Sozialbereich kommt es zu Überschreitungen beim Amt für Sozialbeiträge (CHF 7.3 Mio.), bei der Sozialhilfe (CHF 4.5 Mio.) und beim Amt für Wirtschaft und Arbeit (CHF 2.5 Mio.).

Sozialkosten steigen auch 2017

Die um rund CHF 7.6 Mio. tieferen Ausgaben der Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Standortförderung, eine Budgetunterschreitung um CHF 3.2 Mio. beim Amt für Energie und um CHF 3.0 Mio. über Budget liegende Bundesbeiträge (Rückerstattungen im Sozialbereich) kompensieren den höheren Transferaufwand. Dass das ZBE des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt dennoch schlechter ausfällt als budgetiert, geht auf die nach einem Bundesgerichtsurteil 2017 nicht erhobenen IWB-Konzessionsgebühr zurück. Der Ausfall hat in der Departementskasse ein Loch von CHF 10.4 Mio. hinterlassen.

Ausfall der IWB-Konzessionsgebühr

Der Headcount des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt hat zwischen Ende 2016 und Ende 2017 um 3.7 auf 717.9 Stellen abgenommen. Die Unterschreitung des Plafonds um 13.1 Stellen ist einerseits auf vakante Stellen zurückzuführen, andererseits auf eine im Vergleich zum Vorjahr tiefere Auslastung der Behindertenwohnheime.

Abnahme beim Headcount

Nach Überschreitung des Plafonds um 12 Stellen im Vorjahr aufgrund höherer Fallzahlen in der Sozialhilfe liegt das Departement nun darunter. Der Sozialhilfe gesteht ein Schlüssel bei steigenden Fallzahlen automatisch einen höheren Headcount zu (und umgekehrt). Im Budget 2017 führt diese dynamische Steuerung zu einem Mehr von 19.8 Stellen.

5.7.1 Wirtschaftliche Entwicklung der Firmen

Die Finanzkommission hat sich eingehend mit dem Schwerpunktthema wirtschaftliche Entwicklung der Firmen in Basel-Stadt befasst. Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt hat ihr umfassende Unterlagen mit Statistiken vorgelegt. Im Hearing konnte auf dieser Basis und auf ausführlichen Ergänzungen ein Bild der Entwicklung der Wirtschaftstätigkeiten im Kanton aufgezeigt werden.

Es zeigt sich klar, wie wichtig die Life Sciences für den Kanton sind. Dabei sind nicht nur die Geschäftsergebnisse der Pharmafirmen zu beachten, sondern auch die Aufträge, welche diese Firmen der Dienstleistungs- und Gewerbebranche erteilen. So profitiert – um nur ein Beispiel

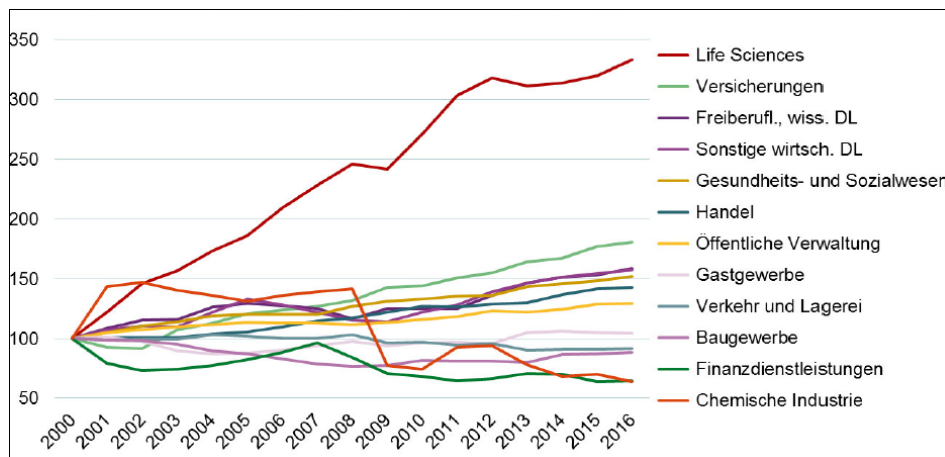
Hohe Bedeutung der Life Sciences

zu nennen – die Logistik-Branche von den hohen Exporten der lokalen Pharmaindustrie.

Sehr aussagekräftig ist ein Blick auf die Entwicklung der Wertschöpfung nach Branche:

*Wertschöpfung
nach Branche*

Entwicklung der Wertschöpfung nach Branche (Index, 2000 =100)



Quelle: Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (Daten von BAK Economics und Statistisches Amt)

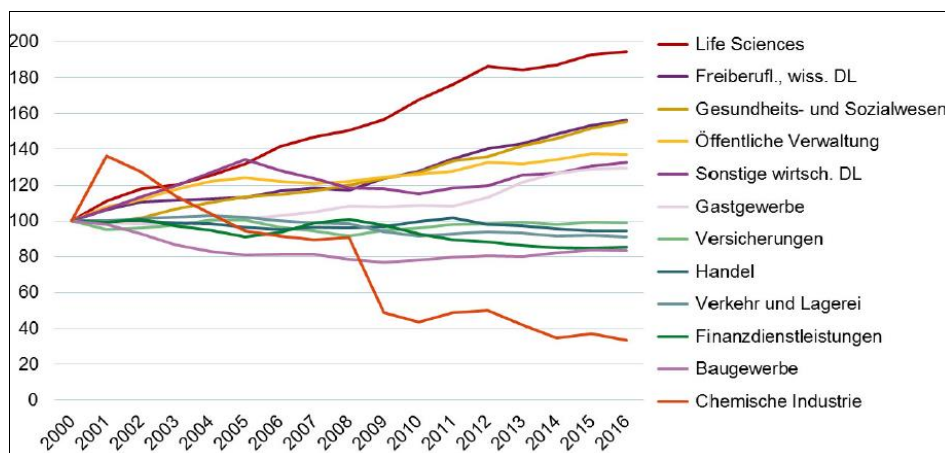
Daraus wird die Bedeutung der einzelnen Branchen erkennbar. Auch die Dynamik im Verlaufe der Zeit seit dem Jahr 2000 ist ersichtlich. Dominant ist das Ansteigen der Wertschöpfung der Life Sciences, die 36% des BIP ausmacht. Erfreulich aber auch die Entwicklung anderer Branchen, insbesondere der Assekuranz und der Freiberuflichen, wissenschaftlichen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

*Life Sciences tragen
36% zu kantonalem
BIP bei*

Der Bestand an aktiven Unternehmen ist seit 2013 um 5% gestiegen, die Zahl der Unternehmensgründungen um 9%. Es handelt sich dabei vorwiegend um Firmen mit geringer Beschäftigtenzahl.

Auch bei der Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten seit 2000 sind die Life Sciences Haupttreiber. Die Wachstumstendenz ist erkennbar.

Entwicklung der Beschäftigung nach Branche (Index, 2000 =100)



Quelle: Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (Daten von BAK Economics und Statistisches Amt)

Die Finanzkommission zeigt sich über diese Entwicklung erfreut. Neben der dominierenden Life-Science-Branche sind andere Bereiche auch angewachsen. Das Klima für Unternehmen darf als gut bezeichnet werden. Sowohl sehr gute Bildungsinstitutionen bis hin zu Hochschulen als auch das Kulturangebot wie auch die stabilen Verhältnisse sind ursächlich dafür.

Die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung spiegelt sich auch in den Steuererträgen. Obwohl 56% der ordentlich besteuerten Kapitalgesellschaften und Genossenschaften keine Gewinnsteuern bezahlen, zeigt sich ein positives Bild. 80% der entsprechenden Einnahmen stammen von den 50 grössten Firmen. Die wenigen Statusgesellschaften bezahlen 60% der Gesamtsumme der Gewinnsteuer.

*Statusgesellschaften
bedeutend bei Steuer-
einnahmen von juristi-
schen Personen*

Zu bedauern ist, dass auf Zahlenmaterial 2015 abgestellt werden muss, dies kommt daher, weil die Bundesstatistik keine aktuelleren Daten liefert.

5.8 Gerichte

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	66.1	66.9	64.7
Betriebsertrag	27.1	27.2	26.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-39.0	-39.7	-37.9

	Ende 2016	Ende 2017	Differenz
Headcount	247.2	249.8	+ 2.6

Das zweckgebundene Betriebsergebnis der Gerichte fällt um CHF 1.1 Mio. negativer aus, bleibt aber 1.9% besser als budgetiert. Sowohl Personal- als auch Sach- und Betriebsaufwand nehmen um gut zwei Prozent zu. Mit den knapp unter Budget liegenden Entgelten von CHF 27.1 Mio. können die Gerichte den gesamten Sachaufwand decken. Das ZBE entspricht somit knapp dem Personalaufwand.

*Gerichte halten
Budget ein*

Die 249.8 Vollzeitstellen per Ende 2017 bedeuten einen Anstieg um 2.6. Im Plafond von 254.8 enthalten ist der geplante, 2017 aber noch nicht eingeführte Zustelldienst des Betreibungsamts.

5.8.1 Unentgeltliche Prozessführung

Verfassungsrechtlich ist allen Personen – auch jenen, welche sich dies aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht leisten können – Zugang zu den Gerichten zu gewähren. Dadurch entstehen bei den Gerichten vor allem Kosten für die VerteidigerInnen und VertreterInnen von unentgeltlich prozessierenden Parteien. Ob jemand Anspruch auf unentgeltliches Prozessieren hat, hängt von seiner Einkommens- und Vermögenssituation ab und im Strafrecht auch von der Schwere des Vorwurfs. Sind die Voraussetzungen erfüllt und ist die Prozessführung nicht von vornherein aussichtslos, kann eine Partei unentgeltlich prozessieren. Eine Mengenausweitung der Inanspruchnahme dieses Rechts war in den letzten Jahren nicht zu konstatieren.

*Keine Zunahme
bei unentgeltlichem
Prozessieren*

Die Ausgaben haben sich wie folgt entwickelt:

	2014	2015	2016	2017
Appellationsgericht	866'929	734'647	782'790	769'439
Sozialversicherungsgericht	188'802	218'716	198'246	194'450
FUG/ Jugendgericht*	200'361	262'803	158'589	221'207
Zivilgericht	1'168'436	1'159'799	1'194'127	1'054'476
Strafgericht	2'434'486	2'201'139	2'412'325	2'415'746

* Es sind zwei Konten zusammengefasst, somit umfasst diese Zahl auch weitere Verfahrensauslagen.

Bis 2011 war ein Entscheid für eine unentgeltliche Prozessführung endgültig. Seither ist zur Rückzahlung der verursachten Kosten verpflichtet, wer innerhalb von zehn Jahren in eine finanzielle Situation kommt, welche dies erlaubt. Die Vertretung der Gerichte informiert die Finanzkommission, dass künftig nach fünf Jahren automatisch ein Rückforderungsverfahren eingeleitet wird. Die ersten Rückforderungen erfolgen im laufenden Jahr. Allen, welche eine unentgeltliche Prozessführung in Anspruch genommen haben, wird ein Brief mit einem Einzahlungsschein zugesendet. Die Betroffenen können entweder der Zahlungsaufforderung nachkommen oder ihre finanziellen Verhältnisse offenlegen und nachweisen, dass sich ihre Situation nicht verbessert hat. Erfolgt auf das erste Schreiben keine Reaktion, wird ein zweites eingeschrieben zugestellt. Bleibt auch dann eine Reaktion (Zahlung oder Nachweis der finanziellen Verhältnisse) aus, legt ein Richter/eine Richterin fest, ob die Voraussetzungen für eine Rückzahlung erfüllt sind oder nicht. Er erlässt eine Verfügung.

*Neu automatisches
Rückforderungs-
verfahren*

Die Finanzkommission nahm den Vorgang zu Kenntnis und fordert den Gerichtsrat auf, das automatisierte Prozedere nach den ersten Erfahrungswerten zu evaluieren. Sollten Aufwand und Ertrag nicht stimmen, regt sie an, einen anderen Prozess einzuführen. Sie weist zudem auf die Gefahr hin, dass mit einem solchen Automatismus nicht nur Mehrkosten entstehen können, sondern auch Unsicherheit bei den Betroffenen.

*Finanzkommission
erwartet Evaluation*

5.8.2 Raumsituation

Die Finanzkommission im Rahmen des Hearings zur Jahresrechnung 2016 bereits nach der Raumsituation der Gerichte gefragt. Auch in dem diesjährigen Hearing war die Raumsituation wieder ein Thema. Denn so muss für das Sozialversicherungsgericht aufgrund der Sanierung des Rialto-Gebäudes zumindest temporär eine andere Lösung gefunden werden. Für das Budget 2019 werden deshalb CHF 8'000 für Zügelkosten pro Arbeitsplatz eingestellt. IBS hatte mit Umzugskosten an die Bäumleingasse von CHF 5'000 pro Arbeitsplatz gerechnet.

*Umzug des Sozialver-
sicherungsgerichts*

Eine allgemein stärkere Konzentration hätte zahlreiche Vorteile und wird von den GerichtsvertreterInnen als wünschenswert eingeschätzt. Beabsichtigt ist, möglichst viele Gerichte am Standort Bäumleingasse zusammenzuführen. Ob dies beim Sozialversicherungsgericht möglich wird, wird davon abhängen, ob für das Betreibungsamt eine andere Lösung gefunden wird. IBS sucht derzeit nach Möglichkeiten.

*Stärkere räumliche
Konzentration der
Gerichte angestrebt*

Die Finanzkommission dankt den Gerichten für die Bemühungen und bittet die Gerichte, sie über die weitere Entwicklung zu informieren.

5.9 Behörden und Parlament

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	9.9	11.2	9.8
Betriebsertrag	0.1	0.1	0.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-9.8	-11.1	-9.7

	Ende 2016	Ende 2017	Differenz
Headcount	30.5	30.9	+ 0.4

Zu Behörden und Parlament gehören der Grosse Rat inklusive die ihm unterstellten Behörden Finanzkontrolle, Ombudsstelle, Parlamentsdienst und Datenschutzbeauftragter.

Das ZBE der vier dem Grossen Rat unterstellten Behörden Finanzkontrolle, Parlamentsdienst, Datenschutzbeauftragter und Ombudsstelle liegt mit CHF 9.8 Mio. geringfügig über dem Vorjahr, aber deutlich unter dem Budget. Der Personalaufwand ist bei diesen personalintensiven Dienststellen die für das Betriebsergebnis relevante Grösse. Der Stellenplafond von 30.9 war Ende 2017 mit 30.6 nahezu ausgeschöpft.

5.10 Regierungsrat

in Mio. CHF	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsaufwand	3.1	2.9	3.9
Betriebsertrag	0.3	0.2	0.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (ZBE)	-2.9	-2.7	-3.6

Der über dem Budget liegende Personalaufwand des Regierungsrats ist auf die Abrechnung der Sozialleistungen auf die Ruhegehälter der Alt-Regierungsräte zurückzuführen.

6. Antrag

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat mit 12:0 Stimmen, die Jahresrechnung 2017 des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen. Sie hat diesen Bericht an ihrer Sitzung vom 31. Mai 2018 mit 10:0 Stimmen verabschiedet und ihren Präsidenten zum Sprecher bestimmt.

Im Namen der Finanzkommission



Patrick Hafner
Präsident

Beilagen

Entwurf Grossratsbeschluss
Mitbericht Bildungs- und Kulturkommission



Bildungs- und Kulturkommission
Basel, 28. Mai 2018

Kommissionsbeschluss vom 28. Mai 2018

**Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zu den
Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2017
zuhanden der Finanzkommission**

1. Auftrag und Vorgehen

Gemäss § 9 Abs. 4 des Gesetzes über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz) vom 19. Juni 1999 erfolgt in „der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) des Grossen Rats (...) die Vorberatung zu Globalbudget und Leistungsteil (Definitionen und übergeordnete Ziele der Produktgruppen)“. Als Konsequenz davon behandelt die BKK ebenfalls die zugehörigen Jahresrechnungen der Museen. Der BKK liegen dazu das zusammenfassende Jahresbudget des Kantons bzw. die zusammenfassende Jahresrechnung in der Form vor, wie diese zuhanden der Öffentlichkeit publiziert werden. Die Ergebnisse der Beratung werden dem Grossen Rat als Mitbericht zuhanden der Finanzkommission vorgelegt.

In fünf Subkommissionen haben die Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission im April und Mai 2018 mit den Direktionen sowie den Verwaltungsleitungen der kantonalen Museen die Rechnungen 2017 behandelt. Der vorliegende Bericht fasst die Erkenntnisse der Subkommissionen zusammen.

Im Sinne einer einheitlichen Vorgehensweise verwendet die Bildungs- und Kulturkommission einen Frageraster, anhand dessen die Gespräche über die Rechnungen 2017 geführt worden sind.

Die Subkommissionen setzen sich wie folgt zusammen:

Subkommission Antikenmuseum (AMB):	Franziska Reinhard Joël Thüring (Vorsitz) Heiner Vischer
Subkommission Historisches Museum (HMB):	Sibylle Benz Hübner (Vorsitz) Pascal Messerli Claudio Miozzari
Subkommission Kunstmuseum: (KMB)	Sibylle Benz Hübner Martina Bernasconi (Vorsitz) Stephan Mumenthaler
Subkommission Museum der Kulturen (MKB):	Martina Bernasconi Beatrice Messerli (Vorsitz) Franziska Roth
Subkommission Naturhistorisches Museum (NMB):	Catherine Alioth (Bericht/Vorsitz) Annemarie Pfeifer-Eggenberger (Vertretung) Oswald Inglin Lea Steinle (Bericht/Vorsitz)

2. Generelle Bemerkungen zum Rechnungsjahr 2017

Die BKK hat zusätzlich zum standardisierten Frageraster, das den Museen jedes Jahr vorgelegt wird, besondere Auskünfte verlangt. Zum einen analysierte sie ein Total der Museumsbesuche in den vergangenen drei Jahren (2015-2017), das nach Besucherkategorien (Schulbesuche, volle und reduzierte Eintritte etc.) und Anlässen (Museumsnacht, Events etc.) weiter aufgeschlüsselt werden sollte, und zum anderen stellte sie den Museen die Frage, welche ausformulierten Bildungs- und Vermittlungskonzepte bestehen und wie diese umgesetzt werden.

Die Museen lieferten die verlangten Besuchszahlen in unterschiedlich hohem Detaillierungsgrad. Es wurde deutlich, dass keine einheitlichen Zählweisen und Kategorisierungen bestehen. Zudem erhielt die BKK von einzelnen Museen die Rückmeldung, dass die gewünschten Daten mit grossem Aufwand erarbeitet werden mussten. Auch wenn sich nicht alles in Zahlen ausdrücken lässt, sind Publikumswerte doch ein zentrales Führungsinstrument und sollten greifbar sein. Die BKK beantragt deshalb, einheitliche und verbindliche Standards festzulegen um eine Transparenz und Einheitlichkeit der Zählweisen zu gewährleisten. Alle Museen leiden darunter, wenn bei einzelnen Museen nicht klar ist, wie gerechnet wird, und möglicherweise eine öffentliche Diskussion darüber aufkommt.

Die Frage betreffend Bildungs- und Vermittlungskonzepten wurde sehr unterschiedlich beantwortet, jedoch in einem Punkt einheitlich: Kein Museum verfügt über ein umfassendes Bildungs- und Vermittlungskonzept. Entsprechende Dokumente sind in gewissen Museen zumindest für Teilbereiche ihrer Ausstellungen in Arbeit. Derzeit findet die Bildung und Vermittlung mittels Massnahmen und Angeboten statt, die bloss mehr oder weniger gebündelt sind. Dass hier sowohl Defizite als auch Potentiale vorliegen, ist augenfällig. Die Antworten der Museen zeigen aber auch ein Bewusstsein für die Bedeutung der Vermittlung und ein entsprechendes Engagement, auf dem aufgebaut werden muss.

Die BKK fordert das Präsidialdepartement und die Museen auf, der Entwicklung von Aktivitäten bei den Social Media verstärkt ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Die Möglichkeiten von Social Media werden nach Erfahrung der BKK unterschiedlich gut aufgenommen und teilweise zu wenig genutzt. Die BKK erwartet, dass die Museen einen adäquaten Budgetposten für Social Media einsetzen.

Die angekündigten externen Betriebskostenanalysen der Museen sind für das Kunstmuseum in Arbeit und sollen anschliessend für die anderen Museen an die Hand genommen werden. Die Abteilung Kultur hat der BKK im Dezember 2017 Resultate für die Betriebskostenanalyse des Kunstmuseum bis im März 2018 in Aussicht gestellt. (siehe Bericht der Finanzkommission zum Budget 2018 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Budget 2018 der fünf kantonalen Museen). Mit Bedauern nimmt die BKK zur Kenntnis, dass sie bis dato keine Resultate erhalten hat. Die Ausführung der Betriebskostenanalysen ist unumgänglich und dringlich, um Klarheit darüber zu erhalten, in welchem Verhältnis Auftrag und Ressourcen stehen. Die finanzielle Situation der Museen wird von mehreren Direktionen als kritisch eingestuft. Die Mehrheit der Museen meldet zudem einen Mehrbedarf an Mitteln an, wenn sie ihrem bisherigen Auftrag auch zukünftig gerecht werden sollen.

Der BKK ist es ein Anliegen, dass möglichst schnell geklärt wird, wie die finanzielle und inhaltliche Entwicklung und Ausrichtung der Museen einzeln und auch gesamthaft aussehen soll. Dafür braucht es eine Betriebskostenanalyse für jedes Museum. Die BKK fordert, dass alle Analysen gleichzeitig und zeitnah (innert zweier Jahre) durchgeführt werden. Sie sollen die Basis für die notwendige Diskussion darüber schaffen, welche Elemente der bestehenden Leistungsaufträge im bisherigen Budgetrahmen zu priorisieren sind bzw. wie die Kostenwahrheit bei einer vollständigen Leistungserfüllung aussieht.

Die im Dezember 2017 veröffentlichte Museumsstrategie und die als Folge ins Auge gefasste Revision des Museumsgesetzes werfen Fragen auf und sorgen naturgemäss für eine gewisse Unruhe wie die geplanten Änderungen in der Budgetlegung (Mehrjahresbudgets in Berücksichtigung der Anforderungen, die vor allem die im internationalen Vergleich arbeitenden Museen erfüllen müssen). Ein weiteres Thema, das die Museen und die BKK dauernd beschäftigt und das zur Gesetzesrevision gehören würde, ist der Gratiseintritt in die Dauerausstellungen der Museen. Laut den Museumsleitungen stehen der administrative Aufwand und der Ertrag aus dem Ticketverkauf für die Dauerausstellungen teilweise in einem Missverhältnis.

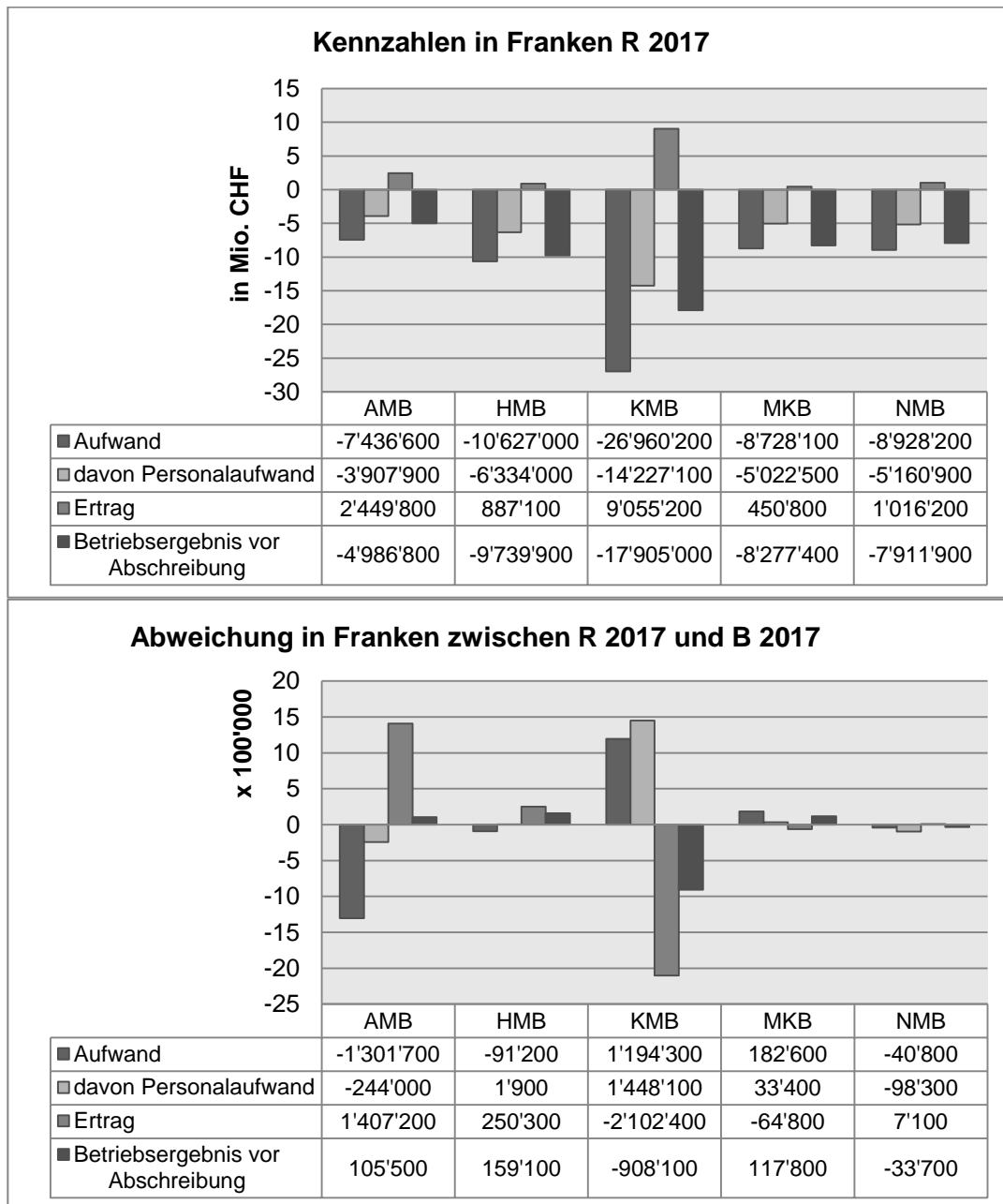
Im Zusammenhang mit den Eintritten hat sich die BKK auch mit der BaselCard befasst. Die BaselCard ermöglicht Touristinnen und Touristen um 50 Prozent ermässigte Eintritte in die Basler Museen. Basel Tourismus finanziert die BaselCard über die höheren Gasttaxen-Einnahmen. Daraus soll auch die in Aussicht gestellte Rückvergütung von 30 Prozent des Eintrittspreises an die Museen bezahlt werden. Die restlichen 20 Prozent des Eintrittspreises sollen demgegenüber von den Museen selbst getragen werden.

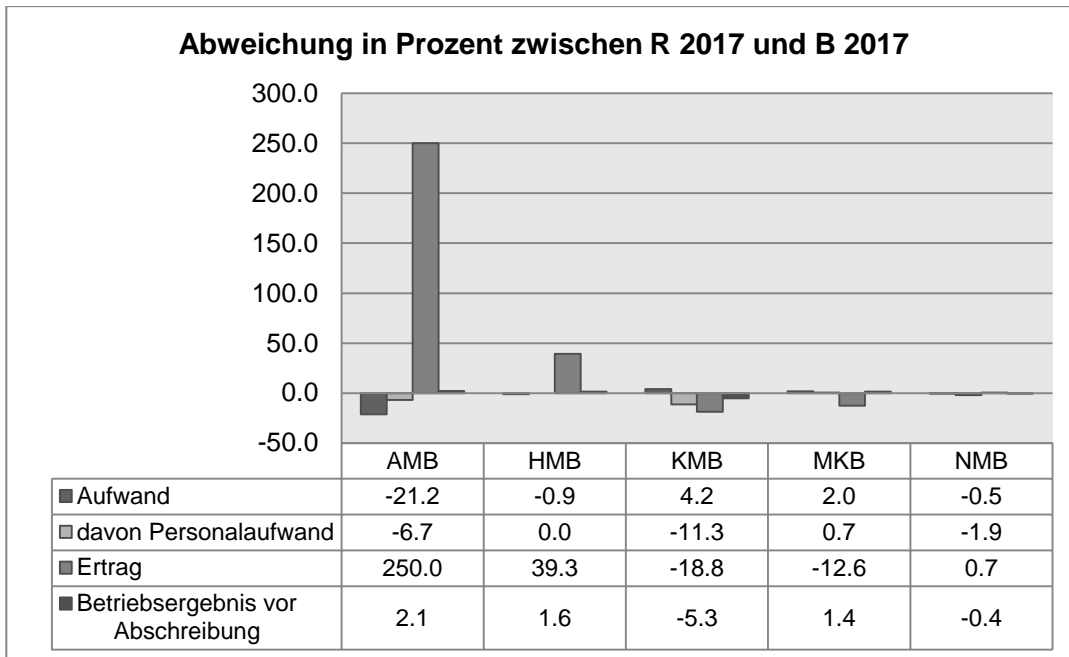
Die BKK begrüsst Massnahmen, welche die Museen und den Museumsbesuch touristisch attraktiver machen. Eine Mehrheit der BKK regt an, dass das Präsidialdepartement die Nutzung der BaselCard (Einnahmen und Aufwand) genauer analysiert.

Die BKK hat in einigen Gesprächen mit den Museen den Eindruck eines erhöhten Drucks auf die Führung und den Betrieb wahrgenommen. Druck wurde vor allem im Zusammenhang mit erhöhtem Medieninteresse an der Basler Museumslandschaft erwähnt. Die BKK leitet aus Einzelbeobachtungen und -bemerkungen keinen eigenen Handlungsbedarf ab, empfiehlt aber den zuständigen Stellen, solchen Entwicklungen gegenüber wachsam zu sein.

3. Rechnungen der Museen

3.1 Kennzahlen im Überblick





Detailerläuterungen und -begründungen

	Aufwand
AMB	1'057'693 Franken betreffen die Sonderausstellung „Scanning Sethos“ sowie die nicht budgetierten Einkäufe für das Bistro AMB.
HMB	Das Budget konnte dank verschiedener Einsparungen gegenüber dem Vorjahr relativ genau eingehalten werden.
KMB	Die Abweichungen im Sach- und Betriebsaufwand gegenüber dem Budget 2017 teilen sich in Abweichungen aus dem laufenden Betrieb und in betriebsergebnisneutralen Abweichungen aus den Sonder- und Wechselausstellungen auf. Die Abweichungen im laufenden Betrieb resultieren im Wesentlichen aus einem geringeren Einkauf von Handelswaren für den Museumsshop, um das Ausmass der fehlenden Erträge im Verkauf zu begrenzen. Dem stehen höhere Kosten für die Gas-, Strom- und Wasserversorgung des KMB entgegen, welche bei der Budgetierung unzureichend abgebildet waren, diese liegen im Berichtsjahr um 125'000 Franken höher als erwartet und budgetiert.
MKB	Im Aufwand ist die Bildung einer Rücklage für die Bonusreserve Museen / Museumsstrategie von 132'500 Franken enthalten.

	Ertrag
AMB	1'407'225 Franken betreffen die Einnahmen der Sonderausstellung „Scanning Sethos“ sowie die nicht budgetierten Einnahmen des Bistro AMB. Die Ausstellung wurde durch das AMB bewusst konservativ budgetiert, um mögliche Abweichungen möglichst gering zu halten. Aus der Ausstellung resultiert gegebenenfalls ein kleiner Verlust, wobei hier vor allem die vielen verschiedenen Rabatte auf die Normpreise bei den Tickets eine Rolle spielen. Diese Einnahmen abzuschätzen wird aufgrund der Fülle an Rabattsystemen für das AMB immer schwieriger. Hinsichtlich Besucherzahlen befindet man sich jedoch im Budget.
HMB	Es konnten mehr Drittmittel generiert werden als budgetiert. Die Einnahmen aus dem Betrieb hingegen sind tiefer ausgefallen.
KMB	Die wesentlichen Effekte für die Mindereinnahmen im Jahr 2017 sind die Abweichungen bei den Erträgen aus Führungen und aus Veranstaltungen, geringeren Erträgen im Museumsshop sowie aus den reduzierten ausstellungsbedingten Transferbeiträgen, welche aus geringeren Ausgaben für

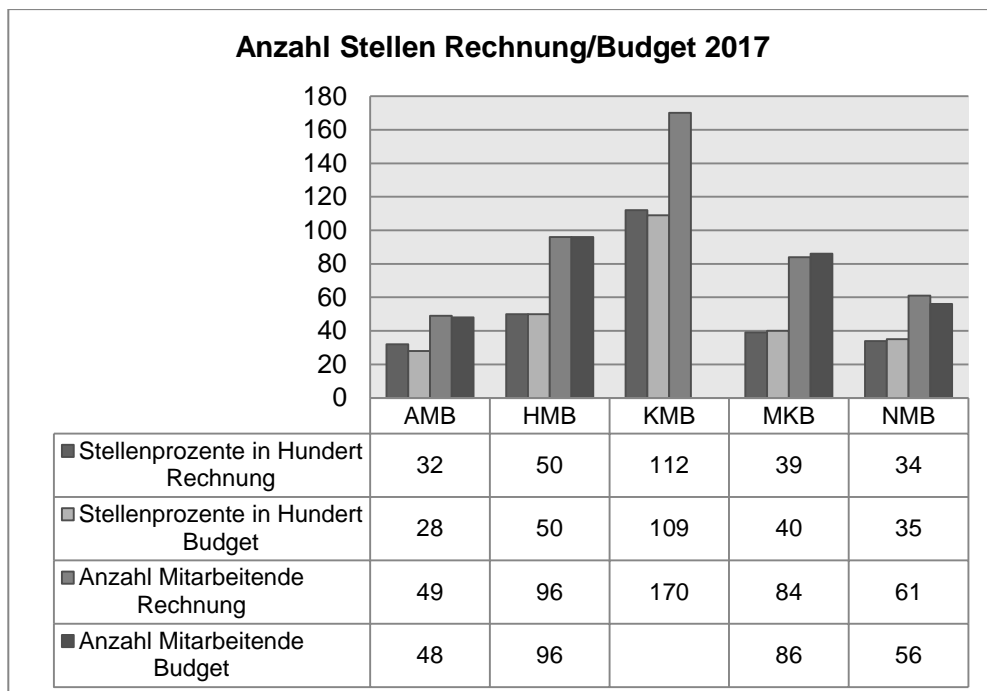
	Sach- und Betriebskosten bei den Sonder- und Wechselausstellungen resultieren. Ergebnisverbessernd wirkten sich die guten Besucherzahlen als Mehreinnahmen bei den Entritten aus.
--	---

	Betriebsergebnis vor Abschreibung
AMB	Das AMB verzeichnet einen Bonus von 105'526 Franken, davon Kulturgüterpauschale 84'000 Franken.
KMB	Das Jahresergebnis 2017 weist eine Budgetabweichung von 908'122 Franken aus. Im Betrieb des Kunstmuseums mussten 2017 verschiedene Anpassungen vorgenommen werden, u.a. Restrukturierungen mit Kostenfolge und Ertragseinbussen. Die Budgetabweichung ist vor allem auf einen erhöhten Personalaufwand sowie Mindererträge im Shop und bei den Führungen zurückzuführen.
MKB	Das Betriebsergebnis liegt 117'88 Franken höher als budgetiert. In Berücksichtigung des vorgegebenen Aufwands zur Bonusreserve von 132'500 Franken (siehe Aufwand oben) liegt das Betriebsergebnis effektiv 14'700 Franken unter dem Budget.

	Personalaufwand
AMB	244'007 Franken betreffen die nicht budgetierten Löhne des Aushilfspersonals für die Sonderausstellung „Scanning Sethos“ sowie die nicht budgetierten Löhne des Bistro AMB, da das Insourcen des Personals nach der Budgetierung des Budgets 2018 erfolgte.
HMB	Die Stelle des Chefrestaurators wurde erst mit grosser Verzögerung besetzt, was zu einer Kosteneinsparung führte. Andererseits ist diese Stelle für das HMB wichtig – sie sollte nicht unbesetzt sein.
KMB	Die Mehrausgaben im Personalaufwand resultieren aus höheren Lohnkosten, Abfindungen, erhöhten Arbeitspensen und Überstunden. Die mit den umfangreichen Eröffnungsaktivitäten angefallenen Überstunden aus dem Vorjahr konnten bisher noch nicht ausreichend abgebaut werden. Die Zeitguthaben (Gleitende Arbeitszeit (GLAZ), Überzeit, Ferienguthaben) der Angestellten im Berichtsjahr 2017 lag deutlich über dem Vorjahreswert. Aus der Differenz zum Vorjahr resultierte eine nicht budgetierte, aber ergebnisrelevante Überstunden-Abgrenzung von insgesamt 557'500 Franken. Die Gründe für die hohen Zeitguthaben im Jahr 2017 sind der hohe Anteil aus den Vorjahren (Grand Opening 2016), das anspruchsvolle Programm mit der Neubau-Erweiterung sowie Vertretungen bei langfristigen Absenzen und Stellenneubesetzungen. Zur Reduzierung der hohen Zeitguthaben wurden mit den betroffenen Mitarbeitenden Abbaupläne erstellt. Die Mitarbeitenden der Dienststelle befanden sich im Wesentlichen im GLAZ-Modell (Ausnahme: Direktion in Vertrauensarbeitszeit, Besucherdienst mit Einsatzdisposition). Jahresarbeitszeitmodelle sind bei verschiedenen Stellen im kaufmännischen und künstlerischen Bereich thematisiert. Die Umsetzung der Jahresarbeitszeitmodelle ab 2019 wird mit dem Personaldienst des PD geprüft.
NMB	Die Stellenprozente lagen tiefer als budgetiert (unbesetzte Direktions- und Kuratoriumsstelle). Eine grössere Abweichung zum Budget entstand durch eine PK-Einmaleinlage. Der Betrag wurde bei der Bonus/Malus-Berechnung nicht berücksichtigt. Die Mitarbeit im Frontbetrieb erfolgt im Stundenlohn. Das Total der Überzeit entspricht 5 bis 6 Stunden Überzeit pro Angestellten. Überzeiten liegen vor allem im Kassenbereich aufgrund eines längeren Krankheitsfalles und in der Geschäftsleitung vor.

3.2 Personal

(Vgl. auch vorige Tabellen betreffend Personalaufwand in Franken absolut und prozentual)

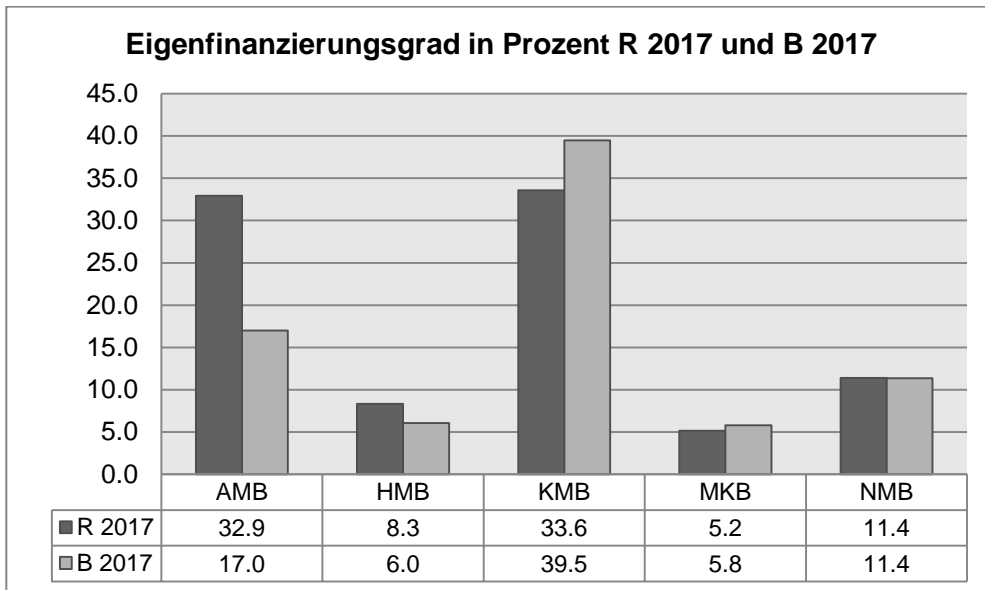


Anmerkung KMB: Nicht eingerechnet sind fremdfinanzierte Stellenprozent (insb. in der Provenienzforschung, der Restaurierung und im Kupferstichkabinett), im Stundenlohn angestellte Mitarbeitende im Besucherdienst sowie externe Guides.

Anzahl Ausbildungsstellen Rechnung 2017

	AMB	HMB	KMB	MKB	NMB
Lernende Rechnung	1	1	1	2	2
Praktikumsstellen Rechnung	1	3	2	9	1
Integrationsstellen Rechnung	1	0	0	0	0

3.3 Eigenfinanzierungsgrad



AMB	Nicht budgetierte Einnahmen ergaben sich durch das Bistro AMB sowie die Sonderausstellung „Scanning Sethos“.
KMB	Im Jahr 2017 betrug der Eigenfinanzierungsgrad als prozentualer Anteil des Betriebsertrags am betrieblichen Aufwand vor Abschreibungen 33,6% und entsprach damit dem Eigenfinanzierungsgrad des Vorjahres. Die Abweichung gegenüber der Budgetannahme resultierte vor allem aus der Abweichung zwischen den geplanten und den angefallenen Betriebserträgen für die Sonder- und Wechselausstellungen, den Transfererträgen. Mit diesen Transfererträgen werden im Wesentlichen die Sach- und Betriebskosten der Ausstellungen gedeckt, welche über die Stiftung des Kunstmuseums Basel, Sponsoren und Donatoren finanziert werden. Im Jahr 2017 war der tatsächliche Sach- und Betriebsaufwand für die Ausstellungen geringer als budgetiert, so dass auch die Transfererträge geringer ausfielen. Daraus resultierte ein gegenüber dem Budget 2017 tieferer Eigenfinanzierungsgrad, auch wenn die geringeren ausstellungsbezogenen Transfererträge nicht ergebnisrelevant sind.
MKB	Die Abweichung beim Eigenfinanzierungsgrad erklärt sich durch weniger bezahlte Eintritte. Der Eigenfinanzierungsgrad liegt zudem generell tiefer, weil der Sonderausstellungskredit von 300'000 Franken als Aufwandminderung und nicht als Drittmittel verbucht werden musste.

3.4 Bonus/Malus in Franken

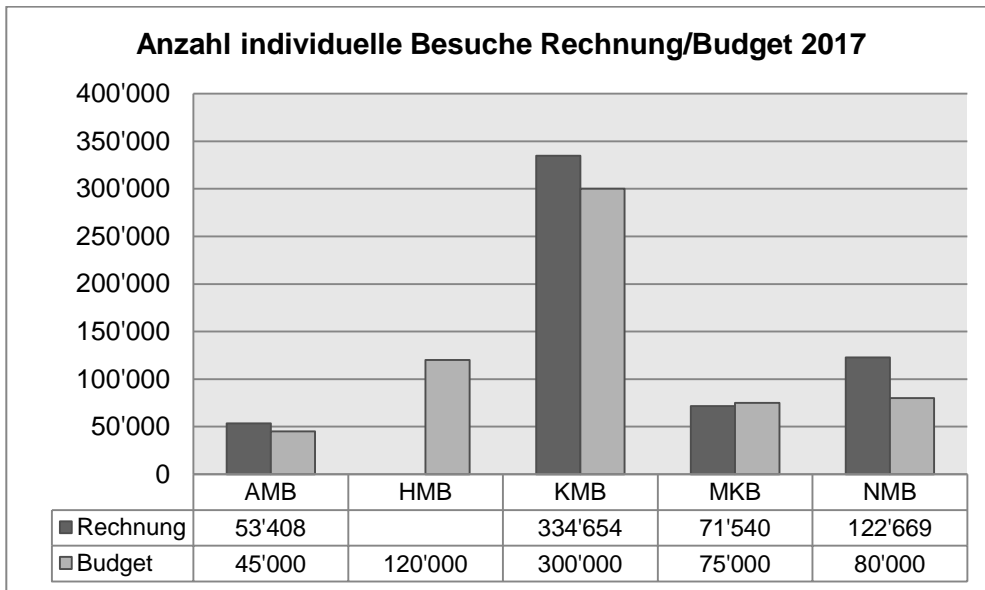
	AMB	HMB	KMB	MKB	NMB
Stand per Ende 2017	6'660	233'332	339'751	-55'956	272'569
Differenz gegenüber Vorjahr	100'144	159'132	-156'649	134'554	-3'831

AMB	Trotz erfolgter Sparrunde über 200'000 Franken ab 2017 konnte das AMB seinen anfangs Rechnungsjahr noch vorhandenen Malus von 93'484 Franken abbauen. Die BKK anerkennt diese Anstrengungen des AMB ausdrücklich und bestärkt das AMB darin, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.
KMB	Das KMB hat ein sehr erfolgreiches Jahr 2017 erzielt. Die Leistungsziele (Anzahl Besucher/innen, Anzahl geführte Gruppen, Anzahl Schulklassen u.a.) sind zumeist deutlich überschritten worden. Dies hat eine Auswirkung auf die Bonus-Malus-Berechnung, so dass nur 25% der bereinigten Budgetabweichung für die Bonus-Malus-Berechnung angehalten werden. Von der ausgewiesenen Budgetabweichung über 908'122 Franken werden exogene Faktoren über 282'286 Franken abgezogen, welche das KMB nicht beeinflussen kann. Grundlage der Bonus-Malus-Berechnung ist die bereinigte Budgetabweichung über 625'306 Franken. Die Bonus-Malus-Rücklage verringert sich dadurch auf 339'751 Franken. Die bestehende Rücklage für Sonderausstellungen bleibt mit 763'712 Franken unverändert.
NMB	Der Bonus/Malus wird dieses Jahr höher ausfallen, da eine bisher unbenutzte Rücklage vom Präsidialdepartement für die Umsetzung der Museumsstrategie ins Budget aufgenommen wurde.

3.5 Generierung von Drittmitteln

AMB	Budgetiert waren 675'000 Franken, erreicht wurden 1'556'000 Franken. Das Plus resultierte weitgehend aus nicht budgetierten Drittmitteln der Sonderausstellung „Scanning Sethos“.
HMB	Die Drittmittel des Rechnungsjahrs beliefen sich per Ende Jahr auf 433'182 Franken bei einem Budget von 150'000 Franken. Es gab signifikante Zuwendungen von 150'000 und 100'000 Franken. Drei neue Gönner/Sponsoren wurden gewonnen, die das HMB bisher nicht unterstützt haben.
KMB	Im Berichtsjahr 2017 wurden Drittmittel von insgesamt 3'424'970 Franken generiert (Budget: 4'189'200 Franken). Die Budgetunterschreitung resultiert vor allem aus den geringeren Ausgaben für Sach- und Betriebskosten bei den Sonder- und Wechselausstellungen und einer entsprechend reduzierten Verrechnung der Ausstellungskosten. Nicht eingerechnet sind dabei Schenkungen, die zu einer Erweiterung der Sammlung führen. Besonders nennenswert ist die grosszügige Schenkung des langjährigen Sammlers und Kunsthändlers Eberhard W. Kornfeld: Das Werk „Stafelalp, Rückkehr der Tiere“ von Ernst Ludwig Kirchner hat einen Marktwert, den das KMB nicht einmal annähernd über den Ankaufskredit finanzieren könnte.
NMB	Infolge der unsicheren Direktionsnachfolge geschah weniger Programmplanung und damit verbunden weniger Akquisition von Drittmitteln.

3.6 Leistungsziele, Ausweitung und Abbau, Kundschaft



Anzahl kollektive Besuche Rechnung/Budget 2015

	AMB	HMB	KMB	MKB	NMB
Gruppen Rechnung	193		966	245	241
Gruppen Budget	250	300	900	200	200
Schulklassen Rechnung	335		1115	323	1410
Schulklassen Budget	280	400	1100	160	1000

Detailerläuterungen und -begründungen

AMB	Die Gratisöffnungszeiten am Donnerstag und Freitag wurden mit dem Start der Sonderausstellung „Scanning Sethos“ bis 22 Uhr erweitert.
HMB	Ab Juli 2017 wurde eine neue Zählweise für die Besuche eingeführt. Aus diesem Grund stehen für die individuellen und kollektiven Besuche keine Rechnungszahlen zur Verfügung, die mit den Vorgaben des Budgets verglichen werden können. Die neue Leitung hat den EDV-Inventarisierungsgrad neu beurteilt und erkennt in diesem Bereich im Gegensatz zu den Vorgängerinnen und Vorgängern einen grossen Nachholbedarf. Die Situation soll in einem Depotbericht dargelegt und mit einem überarbeiteten Sammlungskonzept angegangen werden. Um den Inventarisierungsgrad deutlich zu erhöhen sind laut HMB aber zusätzliche Mittel und Massnahmen notwendig.
KMB	Die Zielvorgabe bei den Besuchen konnte 2017 deutlich übertroffen werden (+11,5 Prozent). Das qualitativ hochwertige und vielfältige Programm vermochte das Publikum zu begeistern. 334'654 Personen besuchten das KMB (inkl. Bibliothek), die angezielte Besucherzahl von 300'000 Besucherinnen und Besucher wurde damit deutlich übertroffen. Besonders erfreulich ist, dass die Sammlungsbesuche mit 127'009 Besuchern zugenommen haben. Dies unterstreicht die gestiegene Attraktivität der Sammlung, die durch Fokusaustellungen laufend verändert wird. 2017 erfreuten sich die Programme der Bildung und Vermittlung grosser

	<p>Beliebtheit. Der 2016 eingeführte Familientag wurde 2017 wiederholt und fand mit 3'361 Besuchern erneut grossen Anklang. Begleitprogramme zu den Ausstellungen, wie etwa das Sommerfest "¡Adios Prado!" waren sehr gut besucht. Es fanden auch grössere Kooperationen mit externen Partnern statt, allen voran das Eröffnungswochenende des zeitgenössischen Musikfestivals „Zeiträume“.</p> <p>Nach dem Grossandrang des Eröffnungsjahrs waren auch die im Jahr 2017 durchgeführten Führungen erneut über den Zielvorgaben. Dazu besuchten 1'115 Schulklassen das KMB.</p> <p>Im Jahre 2017 erhielt das KMB 343 Leihanfragen für Objekte. Es wurden insgesamt 142 Werke erworben.</p> <p>Dank eines dreijährigen Sponsorings der Helvetia-Versicherung konnte im September 2017 die Digitalisierung von 3000 Zeichnungen aus dem Amerbachkabinett begonnen werden. Durch die grossartige Unterstützung der Stiftung des Kunstmuseums Basel konnte in der Restaurierung ein Röntgenscanner angeschafft werden. Bemerkenswert sind die beiden Restaurierungsprojekte, die im Zusammenhang mit der Cézanne- und der Chagall-Ausstellung durchgeführt wurden. Die Forschungsergebnisse flossen in die Publikationen zur Ausstellung ein.</p>
MKB	<p>Die historische Stadtführungen und die Stadtführungen von Migrantinnen und Migranten – beide zum Thema Migration – werden auch nach dem Ende der zugehörigen Ausstellung weitergeführt, da die Nachfrage gross ist.</p> <p>Die Ausstellung zur Basler Fasnacht wird weitergeführt und ist frei zugänglich. Die Picknick-Konzerte werden weitergeführt, können allerdings nur bei gutem Wetter durchgeführt werden. Es fanden mehrere Forschungsreisen statt.</p>
NMB	<p>Eine zusätzliche Sonderausstellung fand statt: Microsculpture (Levon Biss – Fotografien von Insekten). Diese generierte 10'393 Eintritte.</p>

3.7 Strukturelle Änderungen

AMB	<p>Das Bistro AMB wird seit dem 1. Januar 2017 in Eigenregie geführt: Im ersten Jahr konnte wahrscheinlich bereits eine schwarze Null geschrieben werden. Zudem wurde ein interner Mehrwert geschaffen (das eigene Personal ist bei Kanton Basel-Stadt angestellt und untersteht nicht dem Gastgewerbegesetz; ein innovativeres und flexibleres Angebot ist möglich; Einflussnahme auf das Angebot durch das AMB etc.).</p> <p>Die reduzierten Öffnungszeiten in der Skulpturhalle haben sich in allen Bereichen positiv ausgewirkt (es gab nur drei Reklamationsschreiben von Schulen). Daraus resultierte auch ein Abbau beim Fachpersonal von 1.4 Stellen.</p>
KMB	<p>Die Umsätze aus den Shops blieben wie erwartet unter dem Budgetziel. Der Shop im Gegenwart wurde im Frühjahr aufgrund schwacher Umsatzzahlen geschlossen. Der Gesamtumsatz litt nach wie vor unter der unvorteilhaften Lage des Hauptshops im Hauptbau, trotz der Aufwertung der Verkaufsstellen im Hauptbau und im Neubau. Aus diesem Grund wurde die strategische Ausrichtung von einem Buchladen zu einem Museumsshop vorgenommen, der auch eine Stellenanpassung im Museumsshop zur Folge hatte. Diese strukturellen Änderungen greifen erst im Jahr 2018.</p>
NMB	<p>Die Pensionierung des Direktors Prof. Dr. Christian A. Meyer per 30. Juni 2017 führte zur interimistischen Übernahme der Direktion durch David Alder und Basil Thüring. Das Direktorium musste bis Oktober mit der Unsicherheit kämpfen, nichts längerfristig planen zu können. Erst nach der festen Nominierung gelang es gewisse Unsicherheiten zu bereinigen. Die Unsicherheiten waren in allen Belangen zu spüren (Personal, Finanzen, Programmatik, Neubau).</p>

3.8 Finanzielle Herausforderungen im Berichtsjahr

AMB	<p>Die Sonderausstellungen „Glückliches Arabien“ und „Scanning Sethos“ mussten mit einem Gesamt-Budget von ca. 3'000'000 Franken initiiert und durchgeführt werden.</p> <p>Das neu selbstgeführte Bistro musste seine Umsatzziele erwirtschaften. Um innerhalb der Budgetvorgaben zu bleiben, müssen Massnahmen ergriffen werden.</p>
HMB	<p>Laut Direktion des Museums fehlten im Berichtsjahr Mittel, um den Betrieb in der angestrebten Art und Weise zu führen. Das Problem stellt sich auch im Jahr 2018, das nur dank zusätzlicher Drittmittel ohne weitergehende Abstriche bestritten werden könne.</p> <p>Eine weitere Herausforderung war das Einhalten des Budgets trotz überraschender, nicht vorhersehbarer Asbestsanierung an historischem Mobiliar im Chor.</p>
KMB	<p>Das KMB hat für das Berichtsjahr eine Budgetüberschreitung von 908'122 Franken ausgewiesen. Die Gründe dafür waren Restrukturierungen mit Kostenfolge und Ertragseinbussen.</p> <p>Dies hatte sich bereits im Verlaufe des Frühsommers herausgestellt. Das gesamte Ausstellungsprogramm wurde hauptsächlich durch finanzielle Beiträge von Mäzenen, Donatoren und Sponsoren ermöglicht. Weitere finanzielle Unterstützung für die Ausstellungen erhielt das KMB durch Stiftungen, zum Beispiel durch den Fonds für künstlerische Aktivitäten im Haus Gegenwart der Emanuel Hoffmann-Stiftung und der Christoph Merian Stiftung oder durch die Stiftung für das Kunstmuseum Basel.</p> <p>Neben den Ausstellungen werden auch einzelne Mitarbeitende fremdfinanziert, insbesondere in der Provenienzforschung, der Restaurierung und im Kupferstichkabinett.</p>
MKB	<p>Das Einwerben von Drittmitteln für eine 50%-Stelle Social Media für 2018 war eine enorme Herausforderung.</p>
NMB	<p>Das neue Direktorium konnte wegen der oben erwähnten Übergangszeit erst Ende Jahr die Ausstellungen fürs Jahr 2018ff festlegen und damit auch sehr spät den Prozess der Drittmittelerwirtschaftung beginnen.</p>

3.9 Inhaltliche Herausforderungen im Berichtsjahr

AMB	<p>Als Herausforderung erwies sich die Durchführung der Sonderausstellungen „Glückliches Arabien“ und „Scanning Sethos“.</p> <p>Beim Veränderungsprozess der Skulpturhalle stehen die Aspekte Inhalte/Ausstellungen den Aspekten Kosten/Personal gegenüber.</p>
HMB	<p>Die Museumsleitung hat strukturelle und operative Mängel im Sammlungsmanagement, im Sammlungsunterhalt (präventive Konservierung/Lagerung), in der Betriebsführung und bei den Personalkapazitäten erkannt. Hier werden Arbeitspensen gebunden, die bei der Produktion neuer Ausstellungen fehlen.</p>
KMB	<p>2017 ist das erste volle Betriebsjahr mit den drei Häusern Hauptbau, Neubau und Gegenwart gewesen, was für das Team des KMB eine grosse Herausforderung war. Die neue Technik forderte alle Mitarbeitenden, die den Betrieb gewährleisten mussten in besonderem Masse. Das KMB ist als Institution deutlich gewachsen und wird alles dafür tun, die hohen Erwartungen der Basler Bevölkerung und der interessierten Kunstwelt auch zukünftig zu erfüllen. Dazu bedürfte es einer den Aufgaben und dem Programm angemessenen Finanzierung oder eine Anpassung</p>

	des Leistungsauftrags.
NMB	Aufgrund der oben erwähnten Umstände konnten nur kurzfristig geplant werden.

Ausgestaltung des internen Kontrollsystems

AMB	<p>Das Interne Kontrollsystem IKS wurde beim AMB bereits im Vorfeld durch die Direktion mit diversen Weisungen und Massnahmen punktuell eingeführt (Unterschriftenreglement mit Kollektivunterschrift, Kreditkarten, Spesenbezüge, Pikett, Prozesse etc.).</p> <p>Zudem treffen sich die Verwaltungsdirektionen/Verwaltungsleitungen regelmässig in Arbeitsgruppen, um das weitere Vorgehen zu besprechen resp. weiter zu definieren. Beim AMB hat die IST-Analyse stattgefunden, und zurzeit wird die SOLL-Variante erarbeitet.</p> <p>Das IKS ist für die Museen und das AMB zwingend notwendig bzw. eine gesetzliche Vorgabe.</p>
HMB	Ab 1. Januar 2019 wird ein neues IKS durch den Kanton für alle Dienststellen eingeführt. Die internen Kontrollen werden laufend durchgeführt und die entsprechenden Vorgaben eingehalten.
KMB	Das allgemeine Geschäftsprozessinventar für die Erfassung der IKS-Musterprozesse sowie das IKS-Umfeld des KMB sind aufgenommen worden. Dies erfolgte in Abstimmung mit den übrigen kantonalen Museen.
MKB	Die zentralen finanziellen Prozesse waren geregelt (Vier-Augen-Prinzip, Budgetverantwortung bei Ausstellungen, Vertragswesen, Kassaabrechnungen, etc.). Weitere Prozessbeschreibungen werden mit dem Projekt des Kantons „IKS – Grundsätze“ in Angriff genommen.
NMB	Die Einführung des Internen Kontrollsystem nahm Personal und Betrieb stark in Anspruch. Als weiteres Kontrollelement sind die Tertialgespräche der Abteilung Kultur zu nennen.

3.10 Ausstellungstätigkeit 2017

AMB	<p>Museum</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reza Aramesh (Art Parcours), 12. bis 18. Juni 2017 • Glückliches Arabien, 18. Januar bis 2. Juli 2017 • The Decline of Heroes (Culturescapes Griechenland), 20. Oktober 2017 bis 21. Januar 2018 • Scanning Sethos, 29. Oktober 2017 bis 6. Mai 2018 <p>Skulpturhalle</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grenzenlos Grausam (Skulpturhalle), bis 31. Januar 2017 •
HMB	<p>Barfüsserkirche</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wirk.Stoffe – Chemisch-pharmazeutische Innovationsgeschichten, 11. November 2016 bis 18. Juni 2017 • Aufgetaucht – Basels geheimnisvolle Wasserfunde, 21. September 2017 bis 4. März 2018 <p>Kirschgarten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bewilligt. Geduldet. Abgewiesen – Aus den Akten der Fremdenpolizei, 28. April 2017 bis 1. Oktober 2017 • Osterhasen im Garten, 1. bis 23. April 2017 • Scheich Ibrahim, ab 18. Oktober 2017 • Adventszeit im Haus zum Kirschgarten, 3. Dezember 2017 bis 07. Januar 2018

	<p>Musikinstrumentenmuseum</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auf Takt! Metronome und musikalische Zeit, 20. Januar 2017 bis 4. Februar 2018 <p>Vitrinen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle Ausgrabungsfunde aus dem Stadtcasino (Foyervitrine Barfüsserkirche), 20. März bis 24. Juni 2017 • Sechs Einrichtungen von Sondervitrinen zur Wasserqualität des Rheins, zu Johann Bernoulli, zur Autographensammlung Karl Geigy usw.
KMB	<p>Hauptbau</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geschichte vergegenwärtigt, 10. Januar bis 9. April 2017 • Fokus Papier – Raumdenken, Denkräume, 1. April bis 6. August 2017 • Mireille Gros – Verborgene Räume, 11. April bis 9. Juli 2017 • Gezeichnet im Freien, 11. Juli bis 29. Oktober 2017 • Fokus Papier – Randgänge der Zeichnung, 19. August bis 26. November 2017 • Russen – Fokus Sammlung Im Obersteg, 15. September 2018 bis 4. März 2018 • Weibsbilder – Eros, Macht, Moral und Tod um 1500 • Werner von Mutzenbecher – Zum 80. Geburtstag des Künstlers, 27. Oktober 2017 bis 25. Februar 2018 • Ihr Kinderlein kommet – Holzschnitte und Kupferstiche des 15. und 16. Jahrhunderts, 31. Oktober bis 25. Februar 2018 • Fokus Papier – Walter Dahn, 9. Dezember 2017 bis 6. Mai 2018 <p>Neubau</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hola Prado!, 8. April bis 20. August 2017 • Otto Freundlich – Kosmischer Kommunismus, 10. Juni bis 10. September 2017 • Der verborgene Cézanne, 10. Juni bis 24. September 2017 • Chagall – Die Jahre des Durchbruchs 1911-1919, 16. September 2017 bis 21. Januar 2018 • Fokus Fischli / Weiss – Der Lauf der Dinge, 20. Oktober 2017 bis 11. März 2018 <p>Gegenwart</p> <ul style="list-style-type: none"> • Richard Serra – Films and Videotapes, 20. Mai bis 15. Oktober 2017 • Clegg & Guttmann – 120 Jahre nach dem ersten Zionistenkongress in Basel, 25. November 2017 bis 2. April 2018 <p>Das Ausstellungsprogramm 2017 beinhaltete sieben Ausstellungen, von denen drei grosse Sonderausstellungen im Neubau gezeigt wurden. In der Sonderausstellung „Hola Prado!“ wurden 26 Meisterwerke aus dem Prado im Dialog mit Werken des KMB gezeigt. Mit „Der verborgene Cézanne“ fand erstmals eine Sonderausstellung des Kupferstichkabinetts in den Räumlichkeiten des Neubaus statt. Mit seiner ersten am KMB kuratierten Ausstellung „Chagall – Die Jahre des Durchbruchs 1911-1919“ empfahl sich der neue Direktor. Auch die Wechselausstellungen im Neubau wurden sehr gut aufgenommen: „Otto Freundlich“ entstand in Kooperation mit dem Museum Ludwig Köln und wurde sowohl in Basel als auch in Köln gezeigt. Die Ausstellung „Weibsbilder – Eros, Macht, Moral und Tod um 1500“ fand ebenfalls regen Zulauf. Zudem wurde die Sammlungspräsentation im Hauptbau vermehrt in den Fokus gerückt. Thematische Ausstellungen wie „Schweizer Berge“ sowie eine vollständige Neuhängung der Klassischen Moderne wurden vom Publikum begeistert aufgenommen. Somit erstreckten sich Ausstellungen und Sammlungspräsentationen über alle drei Häuser, die den vielen Besucherinnen und Besuchern ein vielfältiges und reichhaltiges Kunsterlebnis verschafften. Ein Highlight im Gegenwart war die Ausstellung „Richard Serra – Films and</p>

	Videotapes“. Erstmals wurde in solch umfassender Weise das filmische Schaffen Serras ausgestellt.
MKB	<ul style="list-style-type: none"> • Migration, 18. Mai 2017 bis 21. Januar 2018 • Sonne, Mond und Sterne, 17. August 2017 bis 20.1.2019 • Stern von Bethlehem 2017, 16. November 2017 bis 7. Januar 2018 • Animachina (Figuren Theater Festival Basel) 21. bis 24. September 2017 • Miriam Cahn (ArtParcours), 12. Bis 18. Juni 2017) • Vom Zimt zum Stern (Weihnachtsausstellung), 18. November 2016 bis 8. Januar 2017 • In der Reihe tanzen – Einzelstücke in Serie, 28. April 2016 bis 28. Mai 2017 • mustergültig – Globale Spuren in der lokalen Ikat-Mode, 20. Oktober 2016 bis 26. März 2017 • StrohGold (Dauerausstellung / Neubespielung des 1. Raumes sowie eines Teils des letzten Raumes), Februar, Juni und Oktober 2017
NMB	<ul style="list-style-type: none"> • Mumien – Rätsel der Zeit, bis 30. April 2017 • Microsculpture, Levon Biss – Fotografien von Insekten, 1. September bis 29. Oktober 2017 • WD – Wild Drawing, The Heirs of Fire (Culturescapes), 20. Oktober 2017 bis 14. Januar 2018 • Wildlife Photographer of the Year, ab 1. Dezember 2017

3.11 Bedürfnisse der Kundschaft und Heranziehen neuer Kundschaft (Erhebungen und Massnahmen)

AMB	<p>Im Jahr 2018 wird ein neues und besucherfreundlicheres Sitzkonzept im AMB umgesetzt.</p> <p>Der Innenhof unter freiem Himmel wird im 2018 von der Strasse aus (Luftgässlein) direkt, d.h. auch ohne Eintrittsgebühren, zugänglich sein. Es soll eine neue und neu gestaltete Austausch- und Begegnungszone im Zentrum des AMB entstehen, die gastronomisch und inhaltlich bespielt wird. Dieser Zugang ist jedoch unabhängig von einem Eintritt ins AMB und es besteht auch keine Konsumationspflicht im Bistro.</p> <p>Das AMB wird in der Zukunft noch mehr im Bereich Social Media arbeiten (ab 2018/2019 mit neuer Projektleitung Mediamatik & Social Media in einem Teilzeitpensum).</p> <p>Für die nächste grosse Sonderausstellung „Gladiatoren“ (2019/2020) ist ein Audio Guide in Planung.</p>
HMB	<p>Seit Juli 2017 wird die Herkunft der Besucherinnen und Besucher erfasst, um Grunddaten zu erhalten.</p> <p>Seit August 2017 wurde eine Kooperation mit der EPFL (Digital Humanities Institute) zu einer neuartigen Besucherforschung initiiert und entwickelt; sie wird ab September 2018 implementiert.</p>
KMB	<p>Vgl. auch die Ausführungen in Kapitel 3.6.</p> <p>Einen grossen Zuwachs konnten 2017 die Social Media-Kanäle verzeichnen (Follower-Zahl auf Instagram: von 6'500 auf 19'290, Twitter: von knapp 400 auf 1'587, Facebook: von rd. 12'000 auf 17'780). Das KMB ist bestrebt diesen Bereich in Zukunft noch ausbauen zu können.</p>
MKB	<p>Die Besucher und Besucherinnen werden mit dem Tool „Webmark“ befragt. Dieses Tool wurde in Basel auch von anderen Museen genutzt, jetzt nur noch vom MKB. In Deutschland und Österreich wird Webmark weiterhin genutzt. Webmark wird bei Bedarf auch abgeändert, d.h. die Fragen können angepasst werden. Es sowohl in Papierform als auch digital eingesetzt.</p>

NMB	<p>Das Angebot „Übernachten im Museum“ hat zwei Mal stattgefunden und war jeweils ausgebucht (total 120 Personen). Das neue Format „Bestimmungssonntage“ läuft immer besser. Weitere Formate sind die Familienführung (für Kinder und Erwachsene gemeinsam) und der Forschungstag (Geo-Tag der Artenvielfalt).</p> <p>Die „After Hours“ haben sich nochmals gesteigert: 500 – 700 Personen pro Abend.</p> <p>Die Vortragsreihe NGiB (Naturforschende Gesellschaft in Basel) hat sich etabliert und gewinnt nun auch mehr Personen.</p> <p>Die Besuchererhebungen (Kinder, Erwachsene, etc.) finden an der Kasse regulär statt. Die Besucherinnen und Besucher werden auch teilweise nach standardisierten Verfahren beim Ausstellungsbesuch beobachtet</p>
-----	--

3.12 Was sonst noch gesagt werden sollte

AMB	<p><u>Bauprojekte</u></p> <p>Dem AMB stehen drei grössere und komplexe Bauprojekte vor der Tür: Möglicher Umzug Berri-Bau, Umbauarbeiten bei der Skulpturhalle durch die Stiftung Adullam und der Neubau Parking St. Alban Graben. Dies benötigt zwingend zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen.</p> <p>Das AMB informierte über den möglichen Umzug des AMB in den Berri-Bau (Museum an der Augustinergasse, heute NMB). Die Vorstellung der Baustudie ist zwischenzeitlich erfolgt. Noch offen sind Themen der Denkmalpflege (bspw. Bedachung Innenhof), aber auch des Klimas und der Bodenbelastung in Bezug auf die Gewichte der Ausstellungsobjekte sowie die Klärung der Betriebskosten am neuen Standort. Ein definitiver Entscheid betreffend den Umzug ist noch nicht gefällt. Gemäss Aussagen des AMB orientiert das PD im Sommer 2018.</p> <p><u>Projekt AMB 2018 bis 2027</u></p> <p>Um die Budgetvorgaben einzuhalten, hat die Direktion eine 10-Jahre-Planung (Projekt AMB 2018 bis 2027) initiiert, und Anfang 2018 wurde die zweite grosse Reorganisation eingeleitet. Mit dieser wird das AMB mutmasslich in den nächsten 10 Jahren rund 1 Mio. Franken einsparen können.</p> <p>Zudem werden gewisse Bereiche zusammengefasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fachbereiche mit einem neuen Leiter Sonderausstellungen & Dauersammlung • Marketing & Kommunikation mit Bildung und Vermittlung • Services mit Finanzen/Personal, Administration/Kasse/Lehrlingswesen <p>Mit dieser Neuorganisation ist auch eine Mitarbeiterentwicklung in mehreren Bereichen möglich.</p> <p>Des Weiteren wird das AMB zukünftig fünf Lernende in den Bereichen KV, Polydesign 3D und Küchenangestellte/r ausbilden.</p> <p><u>Finanzierung Sonderausstellungen</u></p> <p>Die Finanzierung von Sonderausstellung (Drittmittelbeschaffung) ist nach wie vor eine äusserst grosse Herausforderung für das Team des AMB.</p> <p><u>Kunstmuseum-Parking</u></p> <p>Das AMB informierte über das geplante Parking „Kunstmuseum“, welches für das AMB in der Bauphase Einschränkungen zur Folge haben wird. Ab Januar 2019 soll auf der Strassenseite (zwischen AMB und KMB) ein erster Teil der Arbeiten beginnen. Ab Oktober 2019 wäre dann die Fassade des AMB betroffen, und im Juli 2020 beginnen die unterirdischen Arbeiten, welche das AMB tangieren könnten. Dadurch muss auch der Eingang des AMB verschoben werden. Als Alternative wird der Zugang via Luftgässlein geprüft.</p>
HMB	<p>Von grossem Nutzen wäre eine baldige Betriebskostenanalyse. Der Auftrag für</p>

	<p>die Durchführung einer solchen muss im Rahmen des Submissionsgesetzes erfolgen.</p> <p>Von Seiten des HMB wird eine Anpassung entweder des gesetzlichen Auftrags (lückenlose Dokumentation und vollständige digitale Inventarisierung der vorhandenen Objekte) oder eine Aufstockung der Mittel als notwendig erachtet. Die Inventarisierung und aktuelle Ausstellungen seien mit den jetzigen Mitteln nicht zu leisten.</p> <p>Die Werbung sei bereits heute nicht mit genügend Mitteln ausgestattet, was zu einem Teufelskreis führt: Ausstellungen werden nicht genügend beworben → Besuchereinnahmen fehlen → öffentliche Wirkung und Sponsoring fallen weg → wiederum ein noch kleineres (Werbe-)Budget.</p>
KMB	<p>Das Berichtsjahr 2017 war geprägt von Finanzanalysen, um Sparmassnahmen und die Grundlagen für den Nachtragskredit 2018 zu erarbeiten. Als Folge dessen wurde die Betriebskostenanalyse des KMB bewilligt, die Ende des Jahres aufgelegt wurde.</p>
MKB	<p>Es ist eine zunehmende Regulierung spürbar, die das MKB nicht positiv wahrnimmt.</p> <p>Die Werbung auf Social Media wird wahrgenommen. Eine immerwährende Diskussion dreht sich um die Plakatwerbung: Hat diese Sinn, wodurch wird das Publikum mehr angesprochen? Diese Fragen sind auch mit den Ergebnissen des Tools Webmark nicht eindeutig zu beantworten.</p> <p>Zum vorgezogenen Budgetpostulat: Wenn das vorgezogene Budgetpostulat umgesetzt wird und eine lineare Kürzung um 1,5% bei gesetzlich nicht vorgeschriebenen Massnahmen zur Folge hat, wird es für das MKB sehr schwierig bis unmöglich, die geforderten Leistungen zu erfüllen.</p>
NMB	<p><u>Besucherzahlen</u></p> <p>Die Besucherzahlen waren im vergangenen Jahr sehr gut (122'000). Im 1. Quartal 2018 sind die Besucherzahlen noch besser (aktueller Stand: 57'000, im Vergleich zur selben Zeit im Vorjahr 39'310). Die Dauerausstellung ist gut besucht. Für 2018 werden nun in der Leistungsvereinbarung 120'000 Besuchende verlangt gegenüber 80'000 im Jahr 2017. Dies wird einen Einfluss auf die Bonus/Malus-Berechnung haben.</p> <p><u>Beurteilung Museumsstrategie</u></p> <p>Das 4-Jahres Globalbudget erlaubt Rücklagenbildung. Dies sowie die Wahrung der inhaltlichen Eigenständigkeit bewertet die NMB-Direktion als positiv. Es gibt jedoch einiges, das noch geklärt werden muss. Auch der Headcount muss diskutiert werden.</p> <p>Digitalisierung (Social Media, 3D-Scan, digitale Erfassung der Sammlung) sowie Synergieprüfung zwischen den Museen (Hausdienst, Aufsicht, Reinigungspersonal) sind in der Evaluationsphase. Hier kritisiert die NMB-Direktion, dass mehr Leistungen gefordert werden (z.B. Social Media), ohne dass mehr Mittel gesprochen werden.</p> <p>Die NMB-Direktion hat eine interne NMB-Strategie entwickelt, die im Januar 2018 abgeschlossen wurde.</p> <p><u>Ratschlag NMB Neubau</u></p> <p>Die Betriebskosten für den NMB-Neubau kommen gemäss Berechnungen der NMB-Direktion auf zusätzlich 1'240'000 Franken zu stehen. Der Neubau bietet mehr Fläche und damit steigen auch die Betriebskosten. Es braucht mehr Personal in der Aufsicht, Kasse, Haustechnik, Vermittlung sowie in der Projekt- und Eventleitung. Der Neubau bietet aber auch enorm viel Mehrwert, zum Beispiel durch Klassen- und Workshopräume, durch die Einrichtung eines Objektschalters zur Ausleihe von Sammlungsobjekten und durch die angestrebte Mehrsprachigkeit (D/F/E) der Ausstellungen. Synergien mit dem Staatsarchiv gibt es hauptsächlich in der Infrastruktur (gemeinsamer Empfang, Sitzungszimmer, Aufenthaltsraum) und in der Technik (Hausdienst, Sicherheit, Reinigung).</p>

	<p>Die vom Präsidialdepartement in Auftrag gegebene Betriebskostenanalyse des NMB soll 2020/2021 vorliegen. Gemäss Planung wäre der Neubau dann bereits im Rohbau sofern der Ratschlag beschlossen wird. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Betriebskostenanalyse für den Ratschlag vorgelegen hätte.</p> <p><u>Budgetpostulat</u></p> <p>Das Budgetpostulat des GR erschwert die Ressourcenplanung erheblich.</p> <p><u>Aktuelle Situation Berri-Bau</u></p> <p>Die Bausubstanz des Berri-Baus ist beunruhigend. Unter anderem tropft es zum Beispiel in die Ausstellungsräume und in die Sammlung. Es wird schwierig, die Verantwortung für die Bewahrung der Objekte zu tragen.</p> <p>Die NMB-Direktion dementiert die von den Medien behauptete Aussage, dass die Rheinschiffe Vibrationen erzeugen und damit die Ausstellungsobjekte beschädigen. Überhaupt wurde die offensive Presseberichterstattung über die Museumslandschaft Basel im 2017 von der NMB-Direktion als sehr schwierig und ressourcenintensiv wahrgenommen</p>
--	--

4. **Beschluss**

Die Bildungs- und Kulturkommission empfiehlt der Finanzkommission, dem Grossen Rat folgenden Antrag zu stellen:

- Den Bericht zu den Rechnungen der fünf kantonalen Museen zur Kenntnis zu nehmen.
- Die Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2017 zu genehmigen.

Die Bildungs- und Kulturkommission hat diesen Mitbericht zuhanden der Finanzkommission am 28. Mai 2018 einstimmig genehmigt und Franziska Reinhard zu ihrer Sprecherin bestimmt.

Im Namen der Bildungs- und Kulturkommission

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'F. Reinhard', followed by a checkmark.

Franziska Reinhard
Vizepräsidentin